



„MIT - ...machen ...wirken ...entscheiden“

Fachtagung des Landesjugendrings NRW
zum Thema Partizipation

Düsseldorf, 21. April 2008

Impressum

**Dokumentation „ MIT - ...machen ...wirken ...entscheiden“
Fachtagung des Landesjugendrings NRW zum Thema Partizipation**

Herausgeber:

Landesjugendring NRW e.V.
Martinstraße 2 a, 41472 Neuss
Telefon: 0 21 31/46 95-0, Telefax: 0 21 31/46 95-19
E-Mail: info@ljr-nrw.de, <http://www.ljr-nrw.de>

V.i.S.d.P.:

Vorstand des Landesjugendrings NRW e.V.

Redaktion:

Christiane Trachternach

Layout und Druck:

Andreas Kuchem, sieprath druck service GmbH, Aachen

Fotos:

eSw - Ev. Schülerinnen- und Schülerarbeit in Westfalen (BK) e.V.

Film zur Veranstaltung:

Medial begleitet wurde die Veranstaltung von der Evangelischen Schülerinnen- und Schülerarbeit Westfalen (eSw).
Der entstandene Film ist im Internet zu sehen unter <http://www.ljr-nrw.de/index.php?id=378>.

Neuss, 2008

Inhalt

I. Vorwort

Roland Mecklenburg,
Stellvertretender Vorsitzender Landesjugendring NRW

II. Grußwort

Prof. Klaus Schäfer, Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

**Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Jugendpolitische
Aufgabe und Herausforderung?**

III. Vorträge

Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte,
Universität Duisburg-Essen/NRW-School of Governance

**Attraktiv werden! Der Landesjugendring, die Jugend
und der Bau von Fanmeilen**

Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker, Universität Hamburg

**Partizipation als Recht – Begründungen und Qualitätsansprüche
von Partizipation in der Kinder- und Jugendarbeit**

Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal

**Partizipation von jungen Menschen – warum,
wie und mit welchen Perspektiven?**

IV. Berichte aus den Arbeitsgruppen

I. Vorwort

*Liebe Leserin, lieber Leser,
sehr geehrte Damen und Herren,*

Sie halten die Dokumentation einer Fachtagung in Händen, die der Landesjugendring NRW am 21. April 2008 unter dem Titel „MIT - ...machen ...wirken ...entscheiden“ zum Thema Partizipation durchgeführt hat. Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass trotz einer Vielfalt von Beteiligungsformen, -konzepten und -projekten die Möglichkeiten der Einflussnahme und die „gefühlte“ Teilhabe von Kindern und Jugendlichen nach wie vor sehr begrenzt sind.

Nein, das ist keine wirklich neue Erkenntnis und es könnte der Eindruck entstehen, zum Thema Partizipation junger Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen sei alles gesagt und aufgeschrieben, es müsse nur noch angewandt und umgesetzt werden. Warum also bedurfte es einer - weiteren - Fachtagung? Jugendverbände als „Werkstätten der Demokratie“ - wie sie der Deutsche Bundesjugendring einmal bezeichnet hat - stehen vor der ständigen Herausforderung, sowohl eine wirksame Beteiligung von jungen Menschen in der demokratischen Gesellschaft einzufordern als auch ihre eigenen Aktivitäten und Strukturen an den jeweils aktuellen Herausforderungen auszurichten und für die „konkreten“ Kinder und Jugendlichen und mit ihnen zu überprüfen und weiterzuentwickeln.



Neben dieser Grundaufgabe lassen aktuelle Entwicklungen eine Verständigung zum Thema Partizipation angezeigt erscheinen:

- Durch die demografische Entwicklung werden junge Menschen in Deutschland zunehmend zu einer Minderheit. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, diejenigen, welche in Zukunft diese Gesellschaft und ihr demokratisches System tragen und weiterentwickeln sollen, frühzeitig einzubeziehen.
- Die aktuelle Jugendpolitik konzentriert sich finanziell und konzeptionell nahezu ausschließlich auf Kinder unter 6 Jahren. Jugend spielt praktisch nur noch dann eine Rolle, wenn sie durch deviantes Verhalten auffällt. Die Frage nach Teilhabe spielt weder hier noch da eine herausgehobene Rolle.

- Bei der Volksinitiative der Träger der Jugendarbeit in NRW zum Erhalt der Förderung der Kinder und Jugendarbeit durften Kinder und Jugendliche sich nicht an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligen. Der durch die Landtagspräsidentin initiierte Jugendlandtag des Landes NRW, der sich unter anderem mit der bedeutsamen Frage befasste, ob Werbung an Schulen erlaubt werden soll, wurde hinsichtlich seiner Relevanz der Volksinitiative gleichgestellt.
- Der Anstoß des Landesjugendrings, eine Absenkung des Wahlalters bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre mit Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen zu diskutieren, wurde mit Irritation quittiert und nicht weiter aufgegriffen.
- Nicht zuletzt der zwischen dem Ministerpräsidenten und den Trägern der Jugendarbeit geschlossene Pakt mit der Jugend hat als eines seiner zentralen Anliegen, die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an den sie betreffenden Entscheidungen zu verbessern.

Nachfolgend sind die Beiträge der eingeladenen Experten und die Beratungsergebnisse der hierzu tätigen Arbeitsgruppen dokumentiert. Prof. Klaus Schäfer, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, beschreibt aus Sicht der Landesregierung die Beteiligung

von Kindern und Jugendlichen als jugendpolitische Aufgabe und Herausforderung. Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte, Universität Duisburg-Essen und Direktor der NRW-School of Governance, fordert die Jugendverbände auf, attraktiv zu werden und „Fanmeilen“ für die Demokratie zu bauen. Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker, Universität Hamburg, stellt das Recht auf Partizipation heraus und benennt Begründungen und Qualitätsansprüche von Partizipation in der Kinder- und Jugendarbeit. Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal beschreibt Perspektiven der Partizipation von jungen Menschen vor dem Hintergrund der UN-Kinderrechtskonvention und auf der Grundlage der Ergebnisse von Projekten wie „mitWirkung!“ der Bertelsmann Stiftung.

Im Namen des Vorstandes des Landesjugendrings wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre, danke herzlich für das Interesse an dieser Publikation und freue mich, wenn Sie die Hoffnung teilen, dass Tagungen wie die hier dokumentierte bald überflüssig werden, weil umfassende Teilhabe zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Roland Mecklenburg
Stellvertretender Vorsitzender
Landesjugendring NRW

II. Grußwort

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Jugendpolitische Aufgabe und Herausforderung?

Prof. Klaus Schäfer
Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf mich zunächst für die Einladung zu dieser Veranstaltung des Landesjugendrings herzlich bedanken und Ihnen die Grüße von Herrn Minister Armin Laschet übermitteln. Er hat mich gebeten, auf die Bedeutung dieses Themas für die Zukunft junger Menschen besonders hinzuweisen. Gerade in einer breiten und vor allem auch wirksamen Teilhabe wird jungen Menschen ermöglicht, an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken und auch dann mit zu entscheiden, wenn es um ihre Belange in dieser Gesellschaft geht. Und die Herausforderungen sind groß, denn der Wandel unserer Gesellschaft bringt für viele junge Menschen Anforderungen mit, die sie nicht per se geübt haben und die von ihnen auch viel abverlangen. Teilhabe zu ermöglichen ist daher eingebettet in eine Strategie, die das umfassende Ziel der Förderung der Persönlichkeit junger Menschen, der individuellen Bildungsförderung und schließlich auch des Abbaus sozialer Benachteiligungen anstrebt.



Junge Menschen fördern ist eine zentrale Aufgabe der Politik

Denn es ist der Landesregierung ein bedeutendes Anliegen, für ein gelingendes Aufwachsen einzutreten und jungen Menschen

- die bestmöglichen Entwicklungschancen zu bieten,
- sie in ihrer Individualität zu stärken und zu fördern,
- sie bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen und
- zu erreichen, dass sie bei den sie betreffenden Angelegenheiten beteiligt werden.

Teilhabe, so könnte man angesichts der langen Diskussion sagen, ist ein doch längst realisiertes Vorhaben und ist in vielen Institutionen, z.B. der Bildung und Erziehung, längst Wirklichkeit. Sicher haben wir Teilerfolge erreicht.

Diese werden auch durch das Engagement junger Menschen bei zentralen Zukunftsfragen dieser Gesellschaft erkennbar. Daher könnte sich das Thema ihrer heutigen Tagung im Kern „erledigt“ haben. Dass es dennoch aktuell ist und auch bleibt belegt, dass der Handlungsbedarf längst nicht erfüllt ist. Daher ist es gut, dass der Landesjugendring NRW dieses Thema aufgreift und weitere Impulse geben will. Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen haben diesem Thema neue Impulse gegeben und – so das Ergebnis der letzten Haushaltsberatungen – weitere Mittel für mehr Teilhabe in den Haushalt des MGFFI eingestellt. Damit wurde ein deutliches Signal an die Organisationen der Jugendarbeit und an die Kommunen für mehr Bemühungen in der Sicherung von Teilhabe junger Menschen an sie betreffenden Entscheidungen gegeben. Partizipation ist aber nicht nur ein Thema auf Landesebene oder im kommunalen Bereich. Es berührt auch die Bundesebene, und auch die Europäische Union hat das Thema weit

oben auf der Agenda ihrer Jugendpolitik, wie ihr Weißbuch zur Teilhabe junger Menschen zeigt.

Junge Menschen wollen sich engagieren

Den Organisationen der Jugend, den freien Trägern der Jugendhilfe und auch in den Kommunen liegen eine Fülle von Konzepten und Anregungen vor. Sie sind zum großen Teil aus Praxis und Wissenschaft entstanden, wie die Bertelsmann-Studie zur Partizipation, von der wir heute noch mehr hören werden, zeigt. Ein Blick in die Praxis zeigt auch, dass viele junge Menschen sehr aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitwirken und auch Verantwortung übernehmen. Einige Zahlen zeigen dies:

- Mehr als jeder 3. Jugendliche – so das Freiwilligensurvey des Deutschen Jugendinstituts – im Alter von 14 bis 24 Jahren engagiert sich freiwillig;
- der Anteil der jungen Menschen, die sich in Vereinen bewegen und auch sich dort engagieren, liegt bei rund 40 %.

Auch die genannte Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass knapp 80 % der Jugendlichen sich bei entsprechenden Angeboten an ihrem Wohnort engagieren würden. Diese Feststellungen sind eine gute Grundlage, noch mehr zu unternehmen, damit sich das Engagement auch tatsächlich realisiert.

Diese Ergebnisse stimmen hoffnungsfroh. Sie bedeuten aber keineswegs, dass sich das Thema „gesellschaftliche Teilhabe“ erledigt hat. Denn es gibt auch diejenigen Jugendlichen, die nicht erreicht werden, weil sie z.B. skeptisch bis unzufrieden der Politik gegenüber stehen und sich daher auch nicht einbringen wollen oder aber auch, weil sie andere Interessen verfolgen. Ich will nur zwei Aspekte nennen, denen wir uns widmen müssen:

1.) **Die Zahl der Jugendlichen**, die sich politikabstinent verhalten, wächst und wird – so jedenfalls schätze ich es ein – eher weiter zunehmen. Prof. Palentin und Prof. Hurrelmann sprechen in diesem Kontext weniger von Politikverdrossenheit, sondern von Politikerverdrossenheit.

2.) **Teilhabe** – jedenfalls eine aktive – ist immer noch vorrangig eine Angelegenheit der Gruppe der bildungsprivilegierten Jugend. Nicht oder nur sehr wenig dabei sind Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Lebenswelten und junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sie zeigen sich wenig in Verbänden und Vereinen, sie sind noch weniger dabei, wenn es um das Eintreten ihrer konkreten Belange geht.

Diese Tendenzen werden durch die Praxis der Kinder- und Jugendarbeit bestätigt. Denn

trotz der Regelung im Kinder- und Jugendförderungsgesetz zur Teilhabe hat sich eigentlich zu wenig bewegt. Hier müssen wir alle mehr tun. Wir müssen uns also fragen, wie die Träger der Jugendarbeit – und diese sind wichtige Akteure wenn es um gesellschaftliche Teilhabe und soziales Engagement geht – gerade diese Jugendlichen ansprechen und erreichen können.

Die Voraussetzungen für mehr Partizipation sind gut

Die Voraussetzungen sind gut und es bestehen sehr vielfältige und unterschiedliche Ansätze, z.B.:

- Jugendverbände mit ihrer ganz spezifischen Rolle bei der Wahrnehmung von Belangen junger Menschen gegenüber Gesellschaft und Politik sind als Organisation anders in der Lage, Mitwirkung und Mitbestimmung junger Menschen zu gestalten. § 12 SGB VIII berücksichtigt diese Bedeutung auch in besonderer Weise.
- Die Kinder- und Jugendarbeit im weitesten Sinne von den offenen Formen bis hin zur kulturellen und sportlichen Jugendarbeit verfügt über zahlreiche Angebote, die von den jungen Menschen selbst gestaltet werden. Zudem agieren sie vor Ort im Rahmen von sozialen Gestaltungsprozessen.
- In 62 Städten und Gemeinden bestehen Kinder- und Jugendgremien. Sie setzen sich zusammen aus 12 Kinder- und Jugendforen, 36 Kinder- und Jugendparlamenten, 13 Kinder- und Jugendstadträten



- sowie ein Kinder- und Jugendssenat.
 - Zahlreiche örtliche Projekte, in denen Partizipation mit ganz unterschiedlichen Ansätzen erprobt oder bereits realisiert werden, auch durch Kommunen selbst initiiert (z.B. die Rathausschule Köln).
- Diese inzwischen breite Form an Teilhabemöglichkeiten prägt den Alltag der Kinder und Jugendarbeit.

Auch von der gesetzlichen Grundlage her ist das Grundlegende geregelt:

- Die Landesverfassung wurde 2002 durch die Aufnahme von Kinderrechten ergänzt (Art. 6 a Landesverfassung). Danach sind Staat und Gesellschaft verpflichtet, bei allen Entscheidungen, die sich auf die Lebenswelt von jungen Menschen beziehen, der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in besonderer Weise Rechnung zu tragen. Hier ist Teilhabe zwar nicht sehr eindeutig als strukturelles Element einer offensiven Demokratie normiert, wohl aber im übertragenen Sinne Beteiligung.
- Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) sieht die Selbstbestimmung und die Mitbestimmung als wichtige Ziele der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und sichert auch die Kinder- und Jugendarbeit gesetzlich ab. Zudem regelt es in § 8 klar und deutlich, dass Kinder und Jugendliche entsprechend ihres Alters an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen sind (§ 8 Abs. 1)
- Das Kinder- und Jugendfördergesetz in Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 2003 gibt der Partizipation in § 6 ebenfalls einen großen Raum und regelt zudem, dass die Kommunen einen Ansprechpartner für Kinder benennen müssen.
- Die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens schreibt ein Antragsrecht für Jugendliche ab 14 Jahren fest.

Neue Impulse zur Teilhabe durch gesellschaftliche Entwicklungen erforderlich

Eigentlich wäre damit alles getan. Doch – wie dies mit zahlreichen Vorhaben passiert – bedarf es immer wieder eines neuen Werbens und neuer Anstrengungen, um das Ziel auch tatsächlich zu erreichen. Ich möchte einige Aspekte hervorheben, die mir wichtig sind, wenn es um weitere Perspektiven in der Partizipation geht.

Denn es ist ohne Frage Handlungsdruck gegeben und dies aus folgenden Gründen:

- 1.) Wir werden in den kommenden Jahren ein Land sein, in dem zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands Jugend die Minderheit sein wird. Bereits 2015 werden nur noch 19 % der Gesamtbevölkerung jünger als 18 Jahre, also die Minderheit sein. Dieser demographische Wandel ist unaufhaltsam. Die größte Gruppe ist dann die Gruppe der älteren Menschen. Es wird dann für junge Menschen immer schwieriger, ihre Belange entsprechend einzubringen und zu realisieren.
- 2.) Der Wandel unserer Gesellschaft bringt

neue Unsicherheiten mit sich. Risiken und Gefährdungen treten auf. Junge Menschen brauchen neue Orientierungen. Um dies alles erreichen zu können, sind die im Elternhaus erworbenen Kompetenzen zwar wichtig, aber nicht mehr ausreichend.

- 3.) Eine besondere Herausforderung ist mit dem Thema Zuwanderung und Integration verbunden. Gerade junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind diejenigen, die heute in der Bildung, in der beruflichen Perspektive, in der materiellen Sicherheit zurückliegen. Meist so weit, dass sie dies kaum aufholen können. Das Problem verschärft sich, wenn wir nicht handeln. Wir müssen erkennen, die Integration dieser Menschen und damit auch ihre Partizipation ist nicht alleine eine soziale und humanitäre Frage. Sie ist vor allem eine ökonomische und eine gesellschaftspolitische Frage.
- 4.) Die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit sozialen Benachteiligungen ist gewachsen. Armut ist kein Problem mehr, das nur vereinzelt auftritt. Die Armuts- und Reichtumsberichte der letzten Jahre (in 2008 liegt er noch nicht vor) zeigen nicht nur die spiralförmige Entwicklung nach oben. Sie zeigen auch die dramatischen Folgen und den Verlust von Teilhabe an gesellschaftlichen Chancen und Möglichkeiten. Materielle Armut bedeutet zugleich Bildungsarmut, ausgeschlossen zu sein, von den Bildungschancen u.v.m.
- 5.) Rechtsextreme Tendenzen greifen immer dann bei Jugendlichen, wenn ihnen Orien-

tierungen fehlen, klare Verbindlichkeiten hinsichtlich ihrer Zukunftschancen und auch Bildungsperspektiven immer schwieriger für sie werden. Auch hier werden gesellschaftlich organisierte Gegenstrategien entwickelt werden müssen, damit der Rechtsextremismus nicht wächst und vor allem junge Menschen sich wehren können.



Chancen der Kinder- und Jugendarbeit

Mit diesen Entwicklungen sind Anforderungen an die Teilhabe junger Menschen verbunden:

- Sie müssen lernen, wie und wann sie ihre Belange zur Geltung bringen. Das wird nicht leicht. Partizipation muss daher früh beginnen. Bereits in den frühen Lebenslagen müssen wir Kinder nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten fördern. Das tun wir am besten im Kindergarten. Es sind Zentren der Bildung, der Erziehung und der Unterstützung in der Erziehung. Hier geht es auch darum, Beteiligung zu lernen und Teilhabe zu ermöglichen, mit kleinen aber wirksamen Schritten.

- Jugendliche müssen nach ihren eigenen Möglichkeiten suchen, sie müssen experimentieren und ausprobieren. Das können sie nur, wenn ihnen dazu auch Raum gegeben wird. Deshalb ist es eine zentrale Aufgabe der Kinder- und Jugendarbeit, junge Menschen zu befähigen, ihre Belange artikulieren und auch vertreten zu können. Sie ist ein Ort der Teilhabe und muss daher immer wieder neue Anregungen geben. Das macht ihre Funktion als Sachwalter der Belange junger Menschen aus. Es lohnt sich aber auch, die Kompetenzen junger Menschen einzubeziehen und zur Geltung zu bringen. Hier leisten im Übrigen die Jugendverbände einen ganz wichtigen Beitrag. Sie vermitteln Kompetenzen durch ehrenamtliches Engagement, durch die gruppenbezogene Arbeit, durch politische Bildung und anderes mehr.
- Die Kinder- und Jugendarbeit kann auch beim Einbezug von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte eine Vorreiterfunktion einnehmen. Sie muss alles daran setzen, dass durch geeignete Projekte gerade diese Jugendlichen gewonnen werden, mitzumachen. Ansätze zeigen, dass das möglich ist, aber die Verbände und Einrichtungen müssen hier aktiver werden. Im Projekt „Soziale Stadt“ hat sich gezeigt, dass es gelingt, solche Kinder und Jugendlichen durch konkrete kommunale Beteiligungsprozesse zu erreichen und sie einzubeziehen. Das lehrt uns: Wir müssen an den Stärken dieser Kinder ansetzen und nicht nur auf ihre

Defizite blicken und diese als pädagogische Herausforderung hervorheben.

- Mehr und vor allem wirksame Partizipation ist auch eine Antwort auf rechtsextremistische Tendenzen und den Versuch der rechtsextremen Parteien, junge Menschen für sich zu gewinnen. Wer teilnimmt an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen, der wird gegenüber solchen Versuchen immun sein.

Ausblick

Die Kinder- und Jugendarbeit hat eine große Verantwortung, wenn es um junge Menschen geht. Gerade die Jugendverbände als Anwalt junger Menschen müssen mehr dazu beitragen, dass Teilhabe auch tatsächlich möglich wird. Denn sie müssen die jungen Menschen für die Wahrnehmung eigener Belange sensibilisieren und soziales Engagement fördern. Sie können das umso mehr, wie sie vor Ort in den Lebensbezügen der Kinder und Jugendlichen verankert sind. Natürlich können das auch die Jugendämter und die anderen Träger, aber sicher mit anderen Akzenten und Strukturen. Klar muss aber sein: Partizipation darf nicht auf den Charakter einer „pädagogischen Spielwiese“ reduziert werden. Sie hat zwar auch pädagogischen Charakter, sie gelingt aber nur dann wirklich, wenn wir die Ergebnisse von Teilhabeprozessen ernst nehmen und sie konkret umsetzen. Dies noch offensiver zu tun, ist die Herausforderung der nächsten Jahre.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

III. Vorträge

Attraktiv werden! Der Landesjugendring, die Jugend und der Bau von Fanmeilen

Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte



Für die Ansprache an Jugendliche ist grundlegend, sich attraktiv aufzustellen. Das heißt: Wer nicht selbst Attraktivität ausstrahlt, kann von anderen auch nicht überzeugend wahrgenommen werden. Insofern geht es bei dem Problemfeld „Jugend und Politik“ nicht darum, sich anzubiedern, in jedem Bereich hinterherzulaufen, sich zu verstellen, sondern darum zu fragen: Wie kann die eigene Fanmeile so ausgebaut werden, dass geradezu ein Sog von dieser auf die Jugendlichen ausgeht?

Das Thema ist hochbrisant, da die politische Unterstützung für die Stabilität einer Demokratie elementar ist. Die Qualität einer Demokratie lässt sich unter anderem an dem Aus-

maß der Beteiligung und des Engagements ihrer Bürger an den politischen Prozessen messen. Je höher und engagierter diese Partizipation ausfällt – in welchen Formen und Formaten auch immer –, desto gefestigter ist eine Demokratie.

Gegenwärtig ist eine qualitativ veränderte Demokratiezufriedenheit erkennbar. Dazu drei Befunde:

Erstens: Derzeit besteht eine messbare Krise der Repräsentation. Das Vertrauen der Bürger in die Lösungskompetenz der Politik existiert nicht mehr – Politik erscheint nicht mehr kompetent. Die Kritik zielt dabei auf die Institutionen, vor allen Dingen auf die Repräsen-

tanten der sogenannten etablierten Politik, wie Jugendliche das häufig bezeichnen.

Ein zweiter Befund ist die wachsende Politikverdrossenheit, die weitaus mehr ist als nur Verdrossenheit gegenüber Politik, Politikern oder Parteien. Die Bürger verachten mittlerweile ihre jeweiligen öffentlichen Repräsentanten. Die Partielite wird dabei häufig zynisch belächelt. Dies betrifft auch die Verbands- und Gewerkschaftsvertreter. Viele Bürger haben offensichtlich keinen öffentlichen Sprecher mehr, keinen eigenen Repräsentanten, den sie als solchen wahrnehmen.

Diese Politikverdrossenheit unterliegt einem wechselseitigen Prozess. Gegenüber der Parteien-, Politiker- und Politikverdrossenheit hat sich ein Pendant in Form einer Bevölkerungsverdrossenheit vieler Politiker etabliert. Es sind zwei Subsysteme entstanden, die in einer Art Autismus zueinander in Kontakt stehen.

Drittens: Neben der Bevölkerungsverdrossenheit lässt sich auch eine Jugendverdrossenheit der Politik ausmachen. Auf Seiten der Jugendlichen besteht kein generelles Desinteresse an der Politik; Jugendliche haben vielmehr das Gefühl, von der Politik im Stich gelassen zu werden. Dies wurde von den Autoren der Shell Jugendstudie (1997; Seite 17) wie folgt formuliert: „Nicht die Jugendlichen sind an der Politik desinteressiert, sondern sie unterstellen im Gegenteil, dass die Politik an ihnen nicht interessiert ist. Nicht die Politikverdrossenheit der Jugend, sondern die Jugendverdrossenheit der Politik wird hier zum Thema.“

Welche Auswege, welche chancenreichen Anknüpfungspunkte gibt es? Hierzu lassen sich – wenn auch etwas optimistisch – fünf Auswege skizzieren.

Erstens: Es gibt ein marktorientiertes Politikverständnis und zwar in allen Altersgruppen. Das heißt, der Umgang mit Politik ist spielerischer, ist situativer, ist punktueller, ist kontextabhängiger, ist erlebnis- und betroffenenorientierter. Die davon angesprochenen „Orientierungsnomaden“ tummeln sich vehement im Bereich sozial engagierter Politikabstinenz. Hier besteht durchaus die Chance – unter diesem Verständnis von Politik marktorientierter Art –, Anreize am Warentisch zu bieten und die Konsumenten täglich neu für sich zu begeistern.



Ein zweiter Aspekt der Anknüpfungspunkte ist die Überparteilichkeit, mit deren Charme die meisten Verbände aufbieten können. Das ist ein gigantisches Pfund, mit dem diese im Alltag wuchern können. Jugendliche betrachten die parteipolitischen Aktivitäten und Akteure mit kritischer Distanz; sie nehmen eine ab-

lehrende Haltung ein gegenüber Parteihader und Parteigezänk. Das Aufgeklärte, nicht das Parteipolitische, hat eine große Chance. Es ist schlicht unverdächtig; ein großes Potenzial vor dem Hintergrund der Daten und Befunde.

Ein dritter Anknüpfungspunkt besteht darin, dass sich ganz offensichtlich eine Kultur des Helfens entwickelt. Die Ergebnisse der Sozialkapitalforschung dokumentieren bürgerschaftliches Engagement. Menschen engagieren sich, aber in der Regel parteifern. Im Zentrum stehen oft pro-soziale Werte, die auf ein glückliches Zusammenleben der Menschen ausgerichtet sind. Nicht mehr das „Immer mehr“ steht im Mittelpunkt, sondern das „Immer besser“. Es ist also eine ganz andere Ausrichtung, die Konturen einer Kultur des Helfens sich entwickeln lässt.

Dieses Engagement ist abrufbar. Junge Menschen können über Themen begeistert werden. Diese Jugendlichen sind keine Egotaktiker; sie fühlen sich nicht nur missverstanden, sondern ihre Themen tauchen in den politischen Debatten offenbar zu wenig auf. Hier sind existenzielle, eigene Lebensthemen zu bedenken, die Jugendliche betreffen. Es besteht die Chance, diese Kultur des Helfens für sich zu interpretieren – durch die Jugendverbände in einem eigenen Ensemble eines Engagement-Profiles, das es zu entwickeln gilt. Für Jugendliche ist die Mitgliedschaft in einer der Organisationen auf verschiedene Weise nützlich; neben der Umsetzung von Interessen, der Möglichkeit, mit Gleichgesinnten zu kommunizieren, können die Jugendlichen auf individueller Ebene

ne ihre Identität entwickeln und auf sozialer Ebene lernen zu netzwerken.

Der vierte Akzent bezieht sich auf eine messbar gewachsene Sehnsucht nach Orientierung – nach moralischer Orientierung – und Geborgenheit in allen Altersklassen und auch bei Jugendlichen. Das Wissen um die Kraft einer Wertorientierung hat zugenommen. Ein Überdruß an den Pragmatikern des Alltags bestimmt den Frust vieler Jugendlichen. Das Bedürfnis nach Bindung, nach Zuordnung, nach Sicherheit hat zugenommen. Junge Leute sind heute als „Lebensunternehmer“ unterwegs, und das, wie die Studien zeigen, in viel jüngeren Jahren, als es früher der Fall war: selbst- und pflichtbewusst, natur- und umweltbewusst, Eigeninitiative entwickeln und Kontakte pflegen – sie suchen nach Sinn.

Fünfter und letzter Aspekt der Anknüpfungspunkte: Formen dominieren offenbar Inhalte. Strategisch können sich die Hauptakzente einer Mediendemokratie zunutze gemacht werden. Das heißt, diese nicht nur kritisch zu beäugen, sondern zu versuchen, sie auch zu nutzen: Medien sind in weiten Teilen zu einem Format- und Taktgeber der Politik geworden. Sie bestimmen den Rhythmus und die Formate der Politik. Aufmerksamkeitskapital kann aber auch von der Politik in den Medien generiert werden, wenn der Tauschprozess genau beachtet wird: Tausche Information gegen Präsenz. So ist der Mechanismus des Aufmerksamkeitsmanagements, der auch das Alltagsgeschehen der Jugendverbände charakterisiert.

Wenn der Mechanismus verstanden ist, kann dieser auch strategisch genutzt werden. Wenn – zu aller Leidwesen – nicht mehr die Inhalte dominieren, um etwas präsent zu machen, muss durch originelle, vielleicht unkonventionelle Formen und kreative Formate die Aufmerksamkeit der Jugendlichen generiert werden, damit sich diese wieder stärker für die Jugendverbände interessieren. Vom Format hängt also sehr viel ab und zunächst weniger vom Inhalt. Ohne das Format kann kein Inhalt transportiert und mit Sicherheit bei jüngeren Leuten auch nicht gepunktet werden.

Das sind fünf Möglichkeiten für Anknüpfungspunkte, um mit den Befunden fertig zu werden, die vorweg charakterisiert wurden.

Was sind nun nach den Befunden und nach den chancenreichen Anknüpfungspunkten die Bedingungen für Programmangebote?

Die erste Bedingung besteht darin, eine Aura der Wertschätzung zu konstruieren. Ohne soziale Wertschätzung, kein Engagement von Jugendlichen. Wer Anerkennung und Wertschätzung vernachlässigt, wird über den Kontext von Partizipation nichts erreichen. Insofern ist eine erste Bedingung, mit einer Aura von Wertschätzung bei allen Überlegungen zu beginnen, um das zentral gegenüber Jugendlichen in ihrem Verhalten, in Bezug auf Teilnahme und Mitwirken, zum Thema zu machen. Hier bieten sich vor allem Aktionstage an, weil dort die Aura der Wertschätzung unmittelbar übersetzbar, authentisch mach-

bar ist. Dies funktioniert dann, wenn die Jugendlichen selbst erzählen können und ihnen zugehört wird.

Die zweite Bedingung ist die Aura des Nutzens. Wenn nicht klar darstellbar ist, welchen Nutzenorientierung ein Jugendverband für den Jugendlichen hat, welchen individuellen konkreten Nutzen ein Jugendlicher aus diesem ziehen kann: Warum soll er sich dann dafür begeistern? Die ideologische Unbekümmertheit der Jugendlichen kann hier genutzt werden. Denkbar wären niederschwellige Angebote wie Servicestationen als Kümmerer, als „Navigatoren durchs Leben“, sowie Ausbildungspartnerschaften und all das, was ein guter Service nutzenorientiert bietet: Er ordnet, er deutet und er löst ein Problem. Und gerade der Jugendverband ist unter diesem Gesichtspunkt nutzenorientiert für Jugendliche.

Der dritte Punkt ist die Aura der Beteiligung. Jugendliche haben das Gefühl, nicht dazugehören, gegenüber der Politik fremd, nicht ausreichend anerkannt zu sein. Also braucht es ein Aktionsformat, das echte Beteiligung – nicht gespielte Beteiligung – suggeriert, aber nicht im Klassensprechertouch, wie es häufig vorgeführt wird, nicht in belehrender Art und Weise, sondern die Prozesse annehmend, die sich als Konkurrenz herauskristallisiert haben in verschiedenen Formen von Willensbildung, in verschiedenen Legitimationskonkurrenzen über neue, komplexe Akteure unterschiedlicher Art, repräsentative und nicht repräsentative Institutionen.

Diesbezüglich können aus dem Medienverhalten gut Anleihen genommen werden: Nicht zuschauen, sondern mitmachen ist der entscheidende Punkt. An dieser Stelle bieten sich Planspiele an, bei denen politische Rationalität erfahren wird wie in keinem anderen Bereich, die auch durch kein Lehrbuch dokumentiert wird. Das sind lebenslang prägende Erfahrungen. Bei der Aura der Beteiligung ist es weiterhin wichtig, interaktive Netzjugendliche zu aktivieren und zwar über das, was sich an sozialem Internet derzeit weltweit abspielt. Hier können situative Vergemeinschaftungen in Form von Mitmachnetzwerken erlebt werden. Hier geht es vor allem darum, nicht zu reagieren, sondern selbst gestalten zu können.



Die vierte Bedingung bezieht sich auf eine Aura des Unkonventionellen, da die Strukturen der traditionellen, der sogenannten etablierten Politik durch die Jugendlichen stark kritisiert werden. Durchweg erfahren die unkonventionellen Partizipationsformen einen höheren Zuspruch bei den Jugendlichen als die konventionellen Partizipationsmöglichkei-

ten. Der Zugang zur aktiven Einflussnahme bei dieser Form der Partizipation ist meist leicht und direkt.

Der Ausweg besteht nun darin, neue, unkonventionelle Aktionsformate anzubieten: Das Unkonventionelle im Auftritt zieht junge Leute an. Je unkonventioneller das Format umso mehr Jugendliche werden angezogen. Hier ist an einen Schulterchluss mit Prominenten zu denken. Viele dieser Idole genießen einen unglaublichen Vertrauensvorschuss; es bleibt offen, warum und wieso, dies ist schlicht eine Gefühlssache bei vielen Jugendlichen. Von solchen Aktionen geht eine enorme Ausstrahlung und Faszination auf junge Leute aus (wie bei dem „Gerechtigkeits-Rock“/G 8). Eine Form, in die viele dieser Punkte integriert werden könnten, sind die Summer Schools, die multifunktional über acht oder zehn Tage durchgeführt werden können – als Allzweckformat, in das die verschiedenen Formen integriert werden können.

Ausblick

Zum Schluss kann ein optimistischer Ausblick gemacht werden. Die Grundthese war: Selber attraktiv oder noch attraktiver werden, um die „Fanmeile“ zu erweitern. Jugendverbände sind, wie andere Institutionen auch, lernende Organisationen. Jugendliche Partizipation kann einen neuen Wärmestrom der repräsentativen Demokratie auslösen, kann natürlich auch nichtrepräsentative Formen in den Mittelpunkt stellen. Beides muss miteinander bedacht werden. Jugendliche sind Blockbuster der Veränderung. Sie beherrschen die Nomen-

klatur des Neuen. Sie haben oft ein Spürgefühl für gesellschaftliche Relevanzen. Insofern ist es auch wichtig, solche Trendscouts an sich zu ziehen und an sich heranzulassen. Dieses Potenzial sollte genutzt werden.

Insofern empfiehlt sich, grundsätzlich in neuen Format- und Taktgeberkonstruktionen zu denken, das Ganze idealtypisch auch wissenschaftlich zu begleiten. Dann könnte als Fazit stehen: Wichtig ist vielleicht, am Ende lebendiger zu sein, kräftiger zu sein, schärfer zu sein (Kirchentagsmotto 2007).

Literatur:

- Burdewick, I. (2003): Jugend – Politik – Anerkennung. Opladen.
- Deth, J. W. van (2003): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, D./Müller-Rommel, F. (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Opladen, Seite 167-187.
- Florack, Martin/Grunden, Timo/Korte, Karl-Rudolf (2005): Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien. In: Schmid, Josef/Zolleis, Udo (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen. Wiesbaden. S. 96-113.
- Gaiser, W./Rijke, J. de (2000): Partizipation und politisches Engagement. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen: Seite 267-323.
- Gaiser, W./Rijke, J. de (2006): Gesellschaftliche und politische Beteiligung. In: Gille, M./Sarpei-Biermann, S./Gaiser, W./Rijke, J. de (Hrsg.): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Wiesbaden: Seite 213-272.

Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Pädagogik. Seit 2002 ist er Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen im Fachgebiet „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Governance-Theorien“. Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte ist Wissenschaftlicher Leiter der 2006 gegründeten und am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen verorteten NRW-school of governance (www.nrwschool.de).

- Gille, M./Krüger, W./Rijke, J. de (2000): Politische Orientierungen. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Opladen: Seite 205-265.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.)(1997): Jugend '97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierung. Opladen.
- Korte, Karl-Rudolf (2005): Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2006): Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen. Paderborn.
- Pickel, G. (2002): Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Wende? Opladen.
- Rudzio, W. (2003): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.)(2006): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt am Main.
- Schubert, K./ Klein, M. (2003): Das Politiklexikon. Bonn.

Partizipation als Recht – Begründungen und Qualitätsansprüche von Partizipation in der Kinder- und Jugendarbeit

Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker



Besonders in Begründungsmustern von Partizipation von Kindern und Jugendlichen aus dem politischen Raum findet man Konzeptionen, die Partizipation paternalistisch als Gnade gewähren.

Statt zu Subjekten von Partizipation werden Kinder und Jugendliche zu Objekten gemacht. Pädagogische Begründungsmuster changieren zwischen einerseits der unumgehbaren Notwendigkeit von Erziehung angesichts der noch nicht voll erreichten Mündigkeit der Adressaten, also der Thematisierung des Adressaten als Erziehungs-Objekte und andererseits einer Bildungsorientierung, also der Unterstellung eines selbsttätigen Subjekts, das sich Welt und

Selbst im Zusammenhang aktiv aneignet und dem Freiräume der Erfahrung mitverantwortlicher Selbstbestimmung eröffnet werden. Hier wird vorgeschlagen, Partizipation als Recht von Kindern und Jugendlichen zu realisieren, sie also besonders in pädagogischen/jugendarbeiterischen Einrichtungen als Subjekte mit einforderbarer Entscheidungsmacht auszustatten. Partizipation als Recht zu bestimmen hilft Pädagoginnen und Pädagogen (z.B. in der Jugendarbeit), in dem widersprüchlichen und nicht auflösbaren Zusammenhang von Erziehungsobjekt und Bildungssubjekt so „taktvoll“ zu handeln, dass die Subjekterfahrung von Kindern und Jugendlichen angemessen maximiert wird ohne sie zu

unter- oder zu überfordern. Zusätzlich werden einige praktische Qualitätsansprüche zur Realisierung solcher Partizipation bezeichnet.

Partizipationsbegründungen, in denen Kinder und Jugendliche zu Objekten gemacht werden

Als Beispiel für aktuelle Begründungen aus dem politischen Raum kann die Auswertung der Befragung aller Mitgliedsländer der Europäischen Union zur Partizipation von Jugendlichen herangezogen werden (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003):

„Für die befragten Länder ist es wichtig, die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen zu kennen, um die politischen Inhalte darauf abstimmen zu können. Wenn die Jugendlichen in die vorbereitenden Überlegungen sowie in die Ausarbeitung und – noch besser – in die Umsetzung der politischen Maßnahmen, einschließlich der präventiven, mit einbezogen werden, so verbessert dies die Methoden der Entscheidungsfindung. (...) Ein weiterer wichtiger Effekt der Partizipation (...) ist der damit einhergehende Erwerb und Ausbau von Fähigkeiten, die den Jugendlichen in ihrem beruflichen und sozialen Leben von Nutzen sind, aber auch positive Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben, indem sie zur ‚Bildung intelligenter Staatsbürgerschaften‘ beitragen“ (a.a.O., S.8).

„Partizipation ist erlernbar, die Erziehung zur Partizipation muss verstärkt werden. Das bedeutet, dass die Partizipation der Ju-

gendlichen gefördert werden muss, um ihren Bedürfnissen, Interessen und Ideen besser Rechnung tragen zu können. Der Mehrheit der Mitgliedsstaaten zufolge trägt eine derartige verstärkte Berücksichtigung zum reibungslosen Funktionieren unserer Gesellschaften bei und führt zu einer Weiterentwicklung der Politik. In diesem Sinne ist die Partizipation der Jugendlichen Voraussetzung für ein besseres Regieren“ (a.a.O., S. 15).



Jugendliche sind hier nicht Subjekte demokratischer Entscheidungen, sie sollen lediglich ihre Bedürfnisse und Interessen vortragen, weil auf dieser Grundlage andere besser für sie entscheiden können. Partizipation wird als lehrreich für andere Lebensfelder verstanden, nicht aber für das Politik-Machen. Sie wird als Teil einer allgemeinen pädagogischen Strategie der Staaten gegenüber ihren Bürgern konzipiert: Es geht darum „intelligente Staatsbürgerschaften“ herzustellen. Der Souverän des demokratischen Staates wird zum Objekt

von Staatspädagogik degradiert. Trotz der zu fördernden Intelligenz dieser Bürger werden sie nicht als Träger von Rechten und als Subjekte des Staates entworfen, sondern sie sollen reibungsloser und besser regiert werden. Partizipation wird hier für gutes Regieren funktionalisiert. Kinder und Jugendliche sind damit Objekte eines wohlmeinenden Staates, der gerne besser auf ihre Bedürfnisse und Interessen eingehen, aber auf keinen Fall die Macht teilen will. Im Gegenteil: Der Staat will sich die Bürger erziehen, die er braucht (zur staatlichen „Erziehungsstrategie“ vgl. Kessler 2005, S. 245 ff.).

Dieses Muster ist paternalistisch: Partizipation bleibt eine Gnade, die wohlmeinende Regierende ihren Bürgern gewähren, weil sie durchaus die Wünsche und Interessen der Untergebenen aufgreifen wollen. Solche Partizipation, die die Bürger befriedet statt emanzipiert nennt Gronemeyer „apathische Partizipation“: *„Partizipation wirkt konflikt-hemmend durch Integration in den Horizont gegebener institutioneller Möglichkeiten. Ihrer kritischen Inhalte beraubt, degeneriert Partizipation so zu einer besonders subtilen Form politischer Apathie (als widerspruchslose Fügung in institutionelle Gegebenheiten)“ (1973, S. 28, vgl. dazu auch Griese 2003).*

Dieses Begründungsmuster existiert von der Ebene der Europäischen Union bis zur lokalen Politik. Eine Untersuchung über Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg (Hermann 1996) fand heraus, dass Politik und

Verwaltung mit Partizipation folgende Ziele verfolgten:

1. Jugendliche für Mitarbeit in Organisationen und Parteien gewinnen,
2. negative Einstellungen abbauen und
3. Grundlage schaffen für eine optimierte kommunale Politik.

Anders gesagt: Durch Partizipation sollen Kinder und Jugendliche bei herkömmlicher Politik mitmachen, weniger mosern und besser regiert werden. Hier wird Scheinmitbestimmung angeboten, werden keine demokratischen Rechte eingestanden. Die Funktion von Partizipation scheint hier in einer neuen Legitimation für (Kommunal-)Politik zu liegen. Nicht die politische Praxis wird verändert, sondern sie wird nur legitimationswirksam verbrämt. Nicht die Ursache von Politikverdrossenheit in schlechter Politik, sondern das Gefühl der Verdrossenheit bei den jungen Kritikern soll geändert werden. Die Kinder und Jugendlichen erkennen allerdings solche Strategien schnell und berichten von mangelnder Anerkennung durch die Erwachsenen gerade auch in Partizipationsprojekten wie z.B. Kinder- und Jugendparlamenten (vgl. Burdewick 2003).

Diese oben wiedergegebenen politischen Begründungen stammen von den tatsächlichen Machthabern in Parlamenten und Verwaltungen. Solchen Positionen stehen durchaus andere politische, und zwar demokratietheoretische Begründungsmuster entgegen, die darin übereinstimmen, *„dass Partizipation nicht nur Instrument ist, sondern einen Eigenwert besitzt*

und die Maximierung von Partizipation folglich als genuines Ziel demokratischer Gesellschaften anzusehen ist“ (Schnurr 2001, S.1331). Weil Partizipation als ein Recht aller konzipiert wird, kann sie als Modus politischer und sozialer Integration wirken. Repräsentativdemokratie soll ersetzt werden durch Beteiligung möglichst vieler. Dabei sollen Fähigkeiten der Konfliktaustragung und gemeinsamen Entscheidung erweitert werden (vgl. zu dieser radikaldemokratischen Position besonders Barber 1994/1984). Auch hier kann pädagogisches Denken entdeckt werden: Die Bürger lernen besser, Demokratie zu realisieren, wenn sich ihnen Rechte tatsächlicher Mitbestimmungsmacht eröffnen. Sie werden dabei nicht funktionalisiert, sondern sind Subjekte des gemeinsamen Entscheidungsprozesses.



Die für Partizipationsbegründungen ebenfalls relevanten **Dienstleistungstheorien** fasst Schnurr (2001, S.1334) zusammen: „Nutzerpartizipation“ diene generell dem Ziel einer Optimierung der Abstimmung von Nachfrage und Angebot, wenn und insofern Situationen und Strukturen geschaffen werden, in denen

die Nutzerseite ihre (Wandlungen unterworfenen) Interessens-, Bedarfs- und Bedürfnislagen artikuliert und die Angebotsseite erstens adäquate – bzw. „responsive“ (Windhoff-Héritier 1987) – Leistungstypen und Leistungszuschnitte bereitstellt und zweitens diese im Prozess ihrer Erbringung auf die je individuellen und situativen Erfordernisse und Interessenlagen abstimmt. Diese Theorien haben einen aktiven Begriff vom „Klienten“, sie gehen von einer unumgänglichen Ko-Produktion zwischen Klienten und Dienstleister aus: Nur gemeinsam mit dem Klienten und in dessen Interesse kann der Dienstleister erfolgreich arbeiten. Obschon es ohne die Mitwirkung des Klienten nicht geht, wird Partizipation hier nicht als Wert an sich konzipiert und gerät so in Gefahr, für eine effektivere/effizientere Erbringung von Dienstleistungen funktionalisiert zu werden. Der Klient darf sich partizipativ einbringen, aber wie weit seine Bestimmungsmacht reicht, bleibt unklar. Der Dienstleister/Professionelle bleibt das Subjekt und organisiert seine Respons auf den Klienten. Von dessen Rechten ist meistens nicht die Rede. Schaarschuch (1998) hingegen entwirft einen Dienstleistungsansatz, in dem der Klient als Produzent seiner Selbst – also als Subjekt – verstanden wird und Professionelle seiner Selbst-Reproduktion zu assistieren haben.

Pädagogische Partizipationsbegründungen: Unterstellung von Mündigkeit

Pädagogische Partizipationsbegründungen teilen das klassische pädagogische Dilemma, ei-

nerseits das jugendliche Gegenüber als zu erziehendes, defizitäres Mängelwesen zu sehen, andererseits aber seine Mündigkeit erreichen zu wollen. Einerseits ist nicht zu übersehen, dass Kinder und Jugendliche die Fähigkeiten einer demokratischen Teilhabe erst noch erler-



nen müssen (obwohl die Kompetenzen vieler Erwachsener dazu auch nicht weit reichen!), andererseits kann man den angestrebten selbstbestimmten Subjektstatus nicht unter den Bedingungen von Fremdbestimmung erreichen (vgl. Lüders 2004). Konzepte des pädagogischen Taktes (seit Herbart und Schleiermacher), die mit diesem Paradox umgehen, suchen einen Weg in der kontrafaktischen Unterstellung von Mündigkeit. Obwohl Kinder und Jugendliche häufig entwicklungsbedingt nicht die Kompetenzen voller Mündigkeit und somit auch Partizipationsfähigkeit erlangt haben, unterstellt man ihnen – gelegentlich gegen die Fakten, also kontra-faktisch – doch den Subjektstatus, den man ermöglichen will. Man fordert die Mündigkeit der Kinder und Jugendlichen heraus, indem man ihnen Ge-

legenheit bietet, selbstbestimmt zu handeln und gleichberechtigt mitzuentcheiden. Die neuere deutsche Forschung zur „Demokratischen Gemeinschaft“ (vgl. z.B. Sutter/Bader/ Weyers 1998; Sutter 2003) zeigt empirisch (ausgerechnet am Extrembeispiel demokratischer Gemeinschaften im Jugendstrafvollzug), dass eine solche Eröffnung demokratischer Partizipation in der Lage ist, Entwicklung herauszufordern, eben ohne sie pädagogisch vorzubestimmen. Denn es sind nicht etwa pädagogisch eingebrachte und geforderte Wertorientierungen, die solche Entwicklungspotentiale freisetzen, sondern „eben jene institutionellen und sozialen Rahmenbedingungen, die (1.) wie vorläufig auch immer, die verbalen Auseinandersetzungen um Fragen und Konflikte des alltäglichen Zusammenlebens fördern, hierbei (2.) auch latente Konflikte und Widersprüche öffentlich werden lassen und (3.) demokratische Verfahrensprinzipien zur Problemlösung und Konfliktbewältigung strukturell begünstigen“ (Sutter 2003, S. 388). Das hieße, Kinder und Jugendliche zu berechtigen, eigene Themen einzubringen, nichts auszuschließen und über alles gemeinsam in demokratischen Verfahren zu entscheiden. Solche Partizipation thematisiert Kinder und Jugendliche als potentielle Subjekte, statt sie von vornherein, von einer Defizitunterstellung ausgehend, als erziehungsbedürftige Objekte zu behandeln. Demokratie wird zugemutet (vgl. Sturzenhecker 1993). Die für sie nötigen Kompetenzen entstehen, wenn Partizipation als Strukturprinzip des gemeinsamen Handelns erfahrbar wird. Demokratie lernt man

durch die Praxis demokratischen Handelns. Als einforderbares Recht wird Partizipation echt und ernst und ist nicht abhängig von der Gnade der Pädagoginnen und Pädagogen. In diesem Bewusstsein haben die Reformpädagogen wie Korczak, Makarenko, Bernfeld und Neill Kinder-Republiken gegründet. In ihnen sind die Kinder und Jugendlichen Bürger mit Rechten und nicht Zöglinge (vgl. Kamp 1995; Knauer/Brandt 1998).

De facto muss man immer wieder von noch mangelnden Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen ausgehen, aber dieses darf nicht dazu führen, den Anspruch auf den Subjektstatus einzugrenzen. Pädagogisch muss man Sorge tragen, dass die Zumutungen Herausforderungs- und nicht Überforderungscharakter haben. Hildenbrand (2005, S. 7) bestimmt Zumutbarkeit „als das Herausfinden des richtigen Maßes zwischen Unterforderung und Überforderung im Sinne eines Auslotens von Möglichkeitsspielräumen.“ Anders formuliert: Es müssen „Zonen nächster Entwicklung“

(Wygotski) eröffnet werden, nicht übermächtiger. Jedoch auch wenn die Zumutungen nicht bewältigt werden, ist dies ein Lernanlass auf dem Weg zu mehr mitverantwortlicher Selbstbestimmung. Die Verantwortung und Macht, Entscheidungsfreiräume zu eröffnen, bleibt bei den Pädagoginnen und Pädagogen. Die „taktvolle“ Abwägung zwischen Unter- und Überforderung kann nicht technisch operationalisiert werden, sondern kann immer nur in konkreten Situationen reflektiert und begründet werden.

Wenn Partizipation jedoch als öffentlich einforderbares Recht konzipiert wird, verlangt dies, kontinuierlich ein pädagogisch geklärtes Verhältnis dazu herzustellen und Freiräume zu eröffnen und notfalls begründet zu begrenzen. Der Rechtsstatus von Partizipation macht den pädagogischen Takt nicht überflüssig, fordert ihn aber heraus.

Vergleicht man die aufgezeigten Konzipierungen von Partizipation, lässt sich ein Kontinuum entwerfen, das von Mitsprache

über Mitwirkung und Mitbestimmung bis hin zur mitverantwortlichen Selbstbestimmung reicht. Die Partizipations-Begründungsmuster aktueller Politik bleiben häufig bei Mitsprache stehen, demokratiethoretische Positionen entwerfen ein mitbestimmendes Subjekt auf dem Weg zu gemeinsamer Selbstbestimmung. Dienstleistungsansätze begründen Mitwirkung und bleiben schwammig in Richtung Selbstbestimmung. Pädagogische Partizipationstheorien müssen angesichts des noch nicht vollen Mündigkeitsstatus von Kindern und Jugendlichen das gesamte Spektrum nutzen, aber dabei muss gezeigt werden, dass jeweils die nächst „höhere“ Stufe herausgefordert wird. An den polaren Enden des Kontinuums kann man zwei normative Grundmuster konstruieren: einmal ein solches, das Kinder und Jugendliche eher als Objekte von Partizipation thematisiert, und zum anderen ein Muster, das Kinder und Jugendliche als mündigkeitsfähige Subjekte von demokratischen Entscheidungen versteht und Partizipation als Recht bestimmt.

Zusammenfassend wird Partizipation hier also verstanden als das Recht auf freie, gleichberechtigte und öffentliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gemeinsamen Diskussions- und Entscheidungsprozessen in Gesellschaft, Staat und Institutionen, in institutionalisierter oder offener Form. Partizipation ist aktive Praxis von Demokratie durch die Subjekte. Partizipation wird nicht gewährt, sondern sie ist ein Recht der Gesellschaftsmitglieder. Partizipation für Kinder und Jugendliche meint dann, dass auch sie das Recht und

die Fähigkeit zur Teilhabe am demokratischen Prozess haben, und zwar in allen sie betreffenden gesellschaftlichen Feldern und Fragen, besonders jedoch in den pädagogischen Einrichtungen. Kinder und Jugendliche sind Träger der im Grundgesetz gewährten Rechte. Sie sind Bürger dieses Staates und ihnen stehen wie allen Grund- und Beteiligungsrechte zu. Diese können auch Grundlage der Verankerung von Partizipation als Recht in den pädagogischen Einrichtungen sein.

Recht auf Partizipation in der Kinder- und Jugendarbeit

Das hier entwickelte Partizipationskonzept ist kompatibel mit der Bildungs- bzw. Subjektorientierung in der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. u.a. Scherr 1997, 2000; Sturzenhecker/Lindner 2004; Sting/Sturzenhecker 2005). Danach ist Bildung Selbsttätigkeit des Subjekts in einem Prozess der Aneignung von Selbst und Welt/Gesellschaft in ihrem Zusammenhang. Bildung zielt auf mitverantwortliche Selbstbestimmung (vgl. die rechtlich bestimmte Zielsetzung von Jugendarbeit im SGB VIII, §11). Eine solche emanzipatorische Bildung kann nicht von außen hergestellt werden, sie kann nur als ein Angebot angeregt, eröffnet, unterstützt werden. Eine pädagogische Institution solcher Bildungs-Assistenz befände sich genau auf der Grenze zwischen Erziehung als gesellschaftlicher Normierung und Bildung als selbsttätiger Weltaneignung. Sie müsste einen institutionellen Rahmen zur Ermöglichung von Bildungsprozessen anbieten, ohne jedoch inhaltlich normative Vorgaben zu



machen und so die Potenziale von Selbstbestimmungsentwicklung wieder einzugrenzen (vgl. Sturzenhecker 2003).

Kinder- und Jugendarbeit kann diesen Anspruch einlösen. Mit ihren Strukturbedingungen (Sturzenhecker 2004) ist eine bildende Institution geschaffen, die große Freiräume mitverantwortlicher Selbstbestimmung eröffnen und dennoch als pädagogische Einrichtung gleichzeitig die Vorbedingungen solcher Erfahrungen ermöglichen, deren Chancen maximieren, aber auch Risiken abfedern kann. Mit ihrem Strukturcharakteristikum der Freiwilligkeit macht Kinder- und Jugendarbeit Selbstentwicklungs- und Selbstbestimmungsprozesse möglich und schafft einen Rahmen für Selbstentfaltung, der genau diese ermöglicht, weil dieses Angebot abgelehnt werden kann. Mit ihrem Charakteristikum der Offenheit wird die Kinder- und Jugendarbeit befähigt, sich immer wieder auf neue Interessen und Themen wechselnder Kinder und Jugendlicher einzustellen und damit die im § 11 SGB VIII vorgegebene Interessenorientierung umzusetzen. Sie muss diese Interessen aber auch aufgreifen, denn nur wenn die Jugendarbeit für die Kinder und Jugendlichen Sinn macht, werden diese kommen und bleiben. Damit ist Kinder- und Jugendarbeit strukturell partizipativ angelegt. Sie muss mit ihren Adressaten klären, was diese wollen, und muss gemeinsame Lösungen finden, wie die Interessen umgesetzt werden können und wie das Miteinander geregelt werden soll. Kinder- und Jugendarbeit bietet potentiell einen Freiraum, in dem Kinder und Jugendliche entscheiden können,

in dem sie Macht haben zu bestimmen, was wie geschehen soll.



Kinder- und Jugendarbeit hat diese strukturellen Partizipations-Potentiale, setzt sie aber in ihrer Praxis zu selten um und praktiziert Partizipation ebenfalls häufig als paternalistische Gnade. Dies geschieht, wenn die pädagogischen (erwachsenen) Mitarbeiter/innen die noch nicht volle Mündigkeit ihrer Adressaten nicht als Anlass von Mündigkeitsherausforderung begreifen, sondern sie als Defizit bestimmen, das mit erzieherischen Maßnahmen bearbeitet werden muss. Danach müssen Kinder und Jugendliche erst Fähigkeiten beigebracht bekommen und Verantwortungsfähigkeit bewiesen haben, bevor ihnen Entscheidungsmacht zugestanden werden kann. Die Kinder und Jugendlichen dürfen dann zwar Wünsche äußern, die durchaus wohlmeinend von ihren Betreuern aufgegriffen werden, aber die Macht bleibt in der Hand dieser Pädagoginnen und Pädagogen. Sie definieren die Regeln, sie entscheiden letztendlich, was gemacht wird.

Ähnlich wie in den politischen Konzepten geht es um „reibungsloses Regieren“, man wünscht sich einen konfliktreduzierten, harmonischen Alltag, in dem die Kindlein zufrieden sind, weil ja so gut für sie gesorgt wird. Gewährt wird ihnen allenfalls Mitsprache, aber nicht Mit-Entscheidungsmacht. Die Kinder und Jugendlichen können sich dabei nicht einmal als Träger von öffentlich artikulierten Interessen erkennen, weil diese oft informell, „nebenbei“ abgefragt werden. Sie bleiben Objekte einer paternalistischen Pädagogik, die für sie sorgen, sie erziehen will, aber ihnen keine Entscheidungs-Rechte zugesteht.

Es soll durchaus nicht die gegebene Notwendigkeit von Erziehung in der Kinder- und Jugendarbeit als die Vermittlung und Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Normen und Regeln geleugnet werden. Dennoch verliert Jugendarbeit ihren Bildungscharakter (und damit ihre Besonderheit), wenn sie sich nur auf Erziehung festlegt. Partizipation als Recht einzusetzen, fordert Pädagoginnen, Pädagogen und Adressaten heraus, Bildungsprozesse zu wagen (zu Standards von Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vgl. auch Sturzenhecker 2005)

Struktur- und Prozessqualität von Partizipation

Im Folgenden werden einige Qualitätsstandards der Umsetzung des Partizipationsrechts in der Praxis aufgelistet (vgl. dazu Details bei Knauer/Sturzenhecker 2005).

Strukturqualität von Partizipation – Verankerung von Rechten

Strukturqualität beschreibt die formalen Bedingungen, die die Basis von Partizipation im Blick auf die Ergebnisqualität – zunehmende Selbstbestimmung und Mitverantwortung sowie das Nachdenken über diese Erfahrungen – darstellen. Strukturqualität behandelt damit vor allem die Frage nach einer strukturellen Verankerung von Beteiligung – unabhängig von subjektiven und situativen Wahrnehmungen und Handlungen einzelner Erwachsener.

Zentrales Moment von Strukturqualität sind die Rechte, die Jugendlichen zugestanden und die Zugänge, die ihnen eröffnet werden. Eine gute Strukturqualität von Partizipation Jugendlicher beinhaltet damit folgende Qualitätsaspekte:

(1) Strukturelle Verankerung von Rechten auf Beteiligung

Kinder und Jugendliche müssen unabhängig von momentanen Befindlichkeiten Erwachsener ihre Rechte auf Partizipation kennen und einfordern können. Dazu benötigen sie Regularien, derer sie sich autonom bedienen können und die ihnen durchgängig und nicht nur für harmlose Probierprojekte zur Verfügung stehen.

(2) Zugänglichkeit von Beteiligungsverfahren für alle Jugendlichen

Kinder und Jugendliche können sich ihrer Rechte nur dann bedienen, wenn sie sich aus ihren individuellen Lebenswelten heraus Zugänge erschließen können. Dies verlangt Zielgruppenorientierung in der Gestaltung von Partizipation.

(3) Partizipationskonzepte klären

Die Differenzierung von jugendlichen Zielgruppen, die Ungewohntheit von Partizipation für alle Beteiligten, der Machtstatus der Erwachsenen, die nicht voll erreichte Mündigkeit von Jugendlichen machen es nötig, in den Handlungsfeldern genau zu konzipieren, wie man Partizipation umsetzen will. Zentral ist dabei zu klären, ob und wie Kindern und Jugendlichen die nächstmögliche Stufe der Selbstbestimmung zugemutet werden kann und wie ihnen bei der Erreichung dieser „Zone nächster Entwicklung“ assistiert werden soll.

(4) Ressourcen für Beteiligung

Beteiligung braucht neben materiellen Ressourcen (Zeit, Geld und Raum) vor allem personelle Ressourcen. Kinder und Jugendliche brauchen kompetente Erwachsene, die selber eine inhaltlich neutrale und gleichzeitig für Partizipation engagierte Position beziehen und den Beteiligten helfen, ihre eigenen Interessen zu klären und machtvoll einzubringen.

(5) Sicherstellung von Öffentlichkeit und Information

Partizipation als demokratischer Aushandlungsprozess unterschiedlicher Interessen ist keine private Angelegenheit, sie verlangt Öffentlichkeit (das gilt auch in einer Gemeinschaft oder Institution). Die Kinder und Jugendlichen können sich aber nur in der Öffentlichkeit (etwa einer Gemeinde) als politische Träger, als Subjekte von Interessen und Positionen erkennen. Der Zugang zu Informationen muss für alle Beteiligten gesichert sein.

(6) Sicherung von Offenheit und Entscheidungsalternativen

Partizipation ist lediglich dort möglich, wo es Alternativen und damit reale Entscheidungsoptionen für Jugendliche gibt. Ergebnis-Offenheit ist ein zentraler Aspekt auch der Strukturqualität. Dazu gehört, dass Entscheidungsverfahren transparent und beeinflussbar sind.

(7) Dokumentation, Evaluation und Reflektion

Schließlich gehört zur Strukturqualität die Sicherstellung der Evaluation (basierend auf einer Dokumentation des Prozesses), denn dann kann man aus Fehlern lernen.

Prozessqualität von Partizipation

– Achtung von Rechten

Bei der Prozessqualität von Partizipation geht es darum, wie gut es den Beteiligten im Partizipationsprozess gelingt, ihre subjektiven Wahrnehmungen und Interessen zu artikulieren, sich gegenseitig zu verstehen und in einen Dialog zu treten. Ausgangspunkt für die Initiierung und Begleitung von Partizipation müssen daher die lebensweltlichen Erfahrungen der Jugendlichen sein. Ihre Anerkennung als Subjekte muss sicher gestellt sein.

(1) Anerkennung, Achtung und symmetrische Kommunikation

Neben der strukturellen Verankerung von Partizipationsrechten konstituiert sich Anerkennung besonders in den Beziehungen zwischen den Beteiligten. Erwachsenen obliegt die Gestaltung von Anerkennung durch Achtung

(vor der Person und den Positionen der Kinder und Jugendlichen) und der Gestaltung symmetrischer Kommunikation. Partizipation verlangt von den Erwachsenen, mit Kindern und Jugendlichen über Inhalte und Interessen zu verhandeln, ohne zu dominieren.



(2) Gleichheit in Differenz

Partizipation muss beides gewährleisten: die Gleichberechtigung der Einzelnen und Gruppen im Mitgestaltungsprozess und das Recht auf Unterschiedlichkeit und die Wertschätzung von Differenz. Es geht darum, die Differenzen der Teilnehmenden zu erkennen und sie methodisch so zu berücksichtigen, dass sich alle Teilnehmenden gleichmächtig und gleichberechtigt in demokratische Entscheidungsprozesse einmischen können.

(3) Unterstützung bei der Artikulation und Interessenpräzisierung

Das Aushandeln von Ideen und Interessen setzt voraus, dass die Beteiligten sich öffentlich artikulieren. Demokratie beginnt damit, dass Menschen ihre Vorstellungen in der Öff-

entlichkeit präsentieren und begründen. Ihre Ideen, Wünsche, Interessen und Vorschläge müssen für andere wahrnehmbar werden – auch und gerade abweichende, ungewohnte, eigensinnige Positionen. Artikulation braucht Räume und Medien der Artikulation. Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung darin, aus diffusen Vorstellungen ihre Interessen und Positionen präzisieren zu können.

(4) Ergebnisoffenheit, Konfliktfreundlichkeit und Konfliktfähigkeit

Partizipation muss offen sein für die unterschiedlichsten Themen, Wünsche, Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen, auch wenn sie den Vorstellungen der Erwachsenen nicht oder wenig entsprechen. Damit braucht Partizipation auf Seiten der Erwachsenen eine Haltung, die die Interessen der Betroffenen respektiert und ihnen Fähigkeiten unterstellt, diese Interessen in einen Aushandlungsprozess zu bringen, sie darin aber auch zu verändern (s.o.). Um Ergebnisoffenheit zu gewährleisten, dürfen Konflikte nicht als Störung sondern müssen als selbstverständlicher Bestandteil von Partizipation begriffen werden.

(5) Aktive Zeitgenossenschaft oder: selber partizipieren

Erwachsene, die jugendliche Partizipation fördern wollen, sollten selber Erfahrungen in politischem Handeln und Beteiligung haben. Sie sollten sich durch „aktive Zeitgenossenschaft“ auszeichnen (v. Hentig), also sich selber in Kirche, Gesellschaft und Politik engagieren.

(6) Revidierbarkeit und das Recht auf Scheitern

Der Standard der Ergebnisoffenheit geht einher mit „Revidierbarkeit“. Einmal getroffene Entscheidungen in Partizipationsverfahren müssen zurückgenommen und verändert werden können. Kinder und Jugendliche müssen auch die Erfahrung des „Fehlers“ und der Revision selber machen dürfen.

(7) Argumentation und Moderation

Partizipation stützt sich auf rationale Argumentation und die gegenseitige Prüfung von Begründungen. Das „Warum, Wozu, Weshalb?“ ist für Kinder und Jugendliche nicht immer leicht zu beantworten (für Erwachsene allerdings häufig auch nicht). Sie brauchen für das Argumentieren ggf. Unterstützung. Dabei spielt Moderation als Methode eine wichtige Rolle.



(8) Ernstcharakter und Vertrauensvorschuss

Demokratie lernt man nur, indem sie echt zugemutet wird. Deshalb darf Partizipation nicht

nur als Befragung und Mitwirkung eröffnet werden, sondern muss als reales Entscheidungsrecht mit Ernstcharakter greifbar sein. Kinder und Jugendliche sollen nicht in harmlosen Fragen entscheiden, sondern in den für sie ernstesten und wichtigsten Fragen: dazu gehören auch Personaleinstellungen und Haushaltspläne.

(9) Freiwilligkeit oder das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Verweigerung von Partizipation

Selbst- und Mitbestimmung kann nicht unter Zwang erfolgen. Es kann keine Verpflichtung zur Beteiligung für die Kinder und Jugendlichen geben. Gerade Jugendliche vertreten manchmal ihr Recht auf Selbstbestimmung auch durch Negation. Partizipation beinhaltet immer auch ein Recht auf Verweigerung von Partizipation. Letztendlich kann Demokratie nur dafür werben, dass sich die Betroffenen selber einbringen und ihre Lebensbedingungen selber mitbestimmen.

Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker ist Dipl. Pädagoge, Supervisor (DGSv) und Mediator und seit 2008 Professor für Sozialpädagogik/Außerschulische Jugendbildung an der Universität Hamburg. Er war jahrelang in der Praxis der Jugendarbeit und Jugendbildung tätig und hat viele Projekte zu Jugendgewalt, Rechtsextremismus sowie zu demokratischer Partizipation durchgeführt und wissenschaftlich begleitet.

Literatur:

- Barber, B.: Starke Demokratie, (Strong Democracy, Berkeley 1984), Hamburg 1994
- Brumlik, M.: Advokatorische Ethik. Zur Legitimation pädagogischer Eingriffe, Bielefeld 1992
- Burdewick, I.: Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger, Opladen 2003
- Griese, H. M.: Jugend und Partizipation - Integration oder Emanzipation, in: Griese, H./Honisch, C./Klemm, R. (Hrsg.), Projekt: Partizipation in Jugendzentren. Erstes Expertenforum, Hannover 2003, S. 18-31
- Gronemeyer, R.: Integration durch Partizipation? Frankfurt 1973
- Hermann, U. C.: Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg. Eine interdisziplinäre Evaluation, Pfaffenweiler 1996
- Hildenbrand, B.: „Zumutbarkeit“ als zentrale Kategorie therapeutischen Handelns. Zeitschrift für systemische Therapie und Beratung, 1/2005, S. 4-9
- Honneth, A.: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt am Main, 1992
- Hormel, U./ Scherr, A.: Bildung für die Einwanderungsgesellschaft: Perspektiven der Auseinandersetzung mit struktureller, institutioneller und interaktioneller Diskriminierung, Wiesbaden 2004
- Kamp, J.-M.: Kinderrepubliken, Geschichte, Praxis und Theorie radikaler Selbstregierung in Kinder- und Jugendheimen, Opladen 1995
- Kessl, F.: Der Gebrauch der eigenen Kräfte: eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit, Weinheim/München 2005 (i.E.)
- Knauer, R./Brandt, P.: Kinder können mitentscheiden, Neuwied, Kriftel, Berlin 1998
- Knauer, R. / Sturzenhecker, B.: Partizipation im Jugendalter. In: Hafenecker, B./Jansen, M. M./Niebling, T. (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen. Opladen 2005, S. 63-94

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Auswertung der Antworten der Mitgliedstaaten auf die Fragebögen der Kommission zur Partizipation und Information der Jugendliche (Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen SEK (465), Brüssel 2003

Lüders, C.: Partizipation – eine (Heraus)forderung und Aufgabe für die Jugendhilfe, in: Freistaat Thüringen - Landesamt für Soziales und Familie (Hrsg.), Dokumentation der Fachtagung Partizipation - Kinder und Jugendliche als Expertinnen und Experten in eigener Sache Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar 25.06.2003 bis 26.06.2003, o.O. 2004, S. 7-20

Schaarschuch, A.: Theoretische Grundelemente Sozialer Arbeit als Dienstleistung, (Habilitationsschrift), Bielefeld 1998

Scherr, A.: Subjektorientierte Jugendarbeit. Eine Einführung in die Grundlagen emanzipatorischer Jugendpädagogik, Weinheim/München 1997

Scherr, A.: Emanzipatorische Bildung des Subjekts. Anmerkungen zur aktuellen Diskussion um eine Theorie der Jugendarbeit. in: deutsche jugend, Heft 5/2000, S. 203 - 208

Schnurr, S.: Partizipation, in: Thiersch, H./Otto, H.-U. (Hrsg.): Handbuch Sozialer Arbeit Sozialpädagogik. Luchterhand, Neuwied, Kriftel 2001, S.1330 - 1345

Sting, St./Sturzenhecker, B.: Bildung und Offene Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, U./Sturzenhecker, B. (Hg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. (3. völlig überarbeitete Neu-Auflage), Wiesbaden 2005 (i.E.)

Sturzenhecker, B.: Demokratie zumuten – Moralerziehung in der offenen Jugendarbeit, in: deutsche jugend, Heft 3/1993, S. 111-119

Sturzenhecker, B.: Qualitätsfragen an Jugendpartizipation. in: deutsche jugend, Heft 5/1998, S. 210-218

Sturzenhecker, B.: Partizipation in der Offenen Jugendarbeit. In: BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Frauen und Jugend (Hrsg.), Kiste - Bausteine für die Kinder- und Jugendbeteiligung. FH Lüneburg - Forschungsstelle Kinderpolitik, Vertrieb: Infostelle Kinderpolitik des Deutschen Kinderhilfswerkes, Berlin 2005 (i.E.)

Sturzenhecker, B.: Jugendarbeit ist außerschulische Bildung, in: deutsche jugend, Heft 7-8/2003, S. 300-307.

Sturzenhecker, B.: Strukturbedingungen von Jugendarbeit und ihre Funktionalität für Bildung. in: neue praxis Heft 5/2004, S. 444-454

Sturzenhecker, B. / Lindner, W. (Hrsg.): Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit – vom Bildungsanspruch zur Bildungspraxis. Weinheim/München 2004

Sutter, H.: Die sozialisatorische Relevanz des Alltäglichen in einem demokratischen Vollzug, in: Schweppe, C. (Hrsg.), Qualitative Forschung in der Sozialpädagogik, Opladen 2003, S. 245-277

Sutter, H./Baader, M./Weyers, St.: Die „Demokratische Gemeinschaft“ als Ort sozialen und moralischen Lernens. Der Modellversuch in der Justizvollzugsanstalt Adelsheim- eine Zwischenbilanz, in: neue praxis, Heft 4/1998, S. 383-400

Windhoff-Héritier, A.: Responsive Sozialpolitik in: Otto, H.-U./Olk, Th. (Hrsg.), Soziale Dienste im Wandel, Neuwied 1987, S. 231-249

Partizipation von jungen Menschen – warum, wie und mit welchen Perspektiven?

Prof. Dr. Roland Roth



Dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit ein mehr oder weniger großer Abstand besteht, gehört zu den Alltagserfahrungen in vielen Lebensbereichen. Wir können diese Lücke unangenehm hinnehmen, sie als Herausforderung begreifen oder die Ansprüche reduzieren. Dieser Beitrag will verdeutlichen, dass wir gut beraten sind, die bestehende Kluft zwischen dem wohlfeilen Bekenntnis zur Jugendbeteiligung und den oft eher bescheidenen Praxisansätzen als Herausforderung zu sehen, die verstärkte Anstrengungen verdient. Dazu werden zunächst grundlegende und aktuelle Argumente für eine stärkere Beteiligung von Jugendlichen vorgestellt.

Es folgt eine Skizze zur Beteiligungslandschaft in Deutschland, die einige zentrale Defizite benennt. Schließlich werden Maßstäbe und Wege einer „nachhaltigen“ Beteiligung von Jugendlichen vorgestellt.

Warum (mehr) Beteiligung von Jugendlichen?

Erste These: An Begründungen mangelt es nicht, auch nicht an (Selbst-) Verpflichtungen.

Menschenrechte, Bürgerrechte und Kinderrechte. Die grundlegende und weitgehendste Legitimation für Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen liefern heute die Men-

schen- und Bürgerrechte. Danach sind Kinder und Jugendliche in erster Linie Menschen und teilen daher mit allen anderen Menschen die selben Grundrechte. Kinder und Jugendliche sind somit grundsätzlich in allen Fragen und Angelegenheiten der politischen Gemeinschaft zu beteiligen. Eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für die Ausweitung allgemeiner Menschenrechte auf die Bevölkerungsgruppe der Kinder liefert die UN-Konvention über die Rechte des Kindes (UNKRK) vom 20.11.1989, der auch die Bundesrepublik, wenn auch mit einigen einschränkenden Vorbehalten, 1992 beigetreten ist.

Starke Demokratie. Unser Verständnis von Demokratie und Teilhabe hat sich in den letzten Jahrzehnten nachhaltig verändert. Herkömmliche Formen politischer Partizipation, wie etwa die Teilnahme an Wahlen, sind inzwischen durch direkte Formen politischer Beteiligung, wie etwa die Teilnahme an Protestaktionen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Petitionen, Bürgerentscheide etc. erweitert worden. Die Ausweitung der politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist Teil eines weltweit diskutierten und experimentell vorangetriebenen Reformprojektes, das auf die „Demokratisierung liberaler Demokratien“ zielt. Im Mittelpunkt steht dabei die Überzeugung, dass zeitgemäßes politisches Engagement vielfältige Formen aufweist und politische Beteiligung aktive Bürgerinnen und Bürger voraussetzt. Probehandeln und die „spielerische“ Einübung in die Erwachsenen vorbehaltene Formen der politischen Betei-

ligung (wie zum Beispiel Wahlen, Mitgliedschaft in politischen Parteien etc.) reichen nicht aus, um die Grundlagen für eine solche aktive Bürgerschaft zu legen. Vielmehr muss Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden, sich in jedem Lebensalter in verschiedenartigen Formen aktiv zu beteiligen. Kommunale Kinder- und Jugendpartizipation kann einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, Kinder und Jugendliche in die Gestaltung kommunaler Angelegenheiten einzubeziehen und ihnen die Erfahrung einer anerkannten Mit-Bürgerschaft zu vermitteln.

Neues Lernen. Beteiligungsprozesse bieten besondere Lernchancen. Sie haben das Potential, die Entfaltung politischer, sozialer und kommunikativer Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen zu fördern, wenn sie dafür geeignete Lernbedingungen schaffen. Dazu gehören die weitgehende Selbstbestimmung und Selbstorganisation des Lernens durch die Jugendlichen, aber auch ihre praktische Relevanz, d.h. es muss etwas Sichtbares und Brauchbares herauskommen. Nur so verspricht das Lernen im Engagement auch Nachhaltigkeit und Anerkennung. Beteiligungsorientiertes, selbstbestimmtes Lernen wird heute als eine Lernsituation begriffen, die konventionellen Formen der pädagogischen Vermittlung deutlich überlegen ist. Für bestimmte, etwa von „Schulmüdigkeit“ geprägte und von negativen Schulerfahrungen gebeutelte Zielgruppen dürfte es vermutlich sogar die einzig Erfolg versprechende Lernform sein.

Veränderte Kindheit, veränderte Jugend als Herausforderungen, die nur mit aktiver Beteiligung gemeistert werden können. Die neuere sozialwissenschaftliche Kindheitsforschung betont, dass Kinder und Jugendliche nicht lediglich lern- und bildungsdürftige „Defizitwesen“ sind, sondern von Beginn an über eine prinzipielle Handlungsbefähigung (agency) verfügen und produktive Beiträge sowohl für ihr soziales Umfeld als auch für die Gesellschaft liefern. Ihr umkomplizierter Zugang zu neuen Wissensbeständen und Handlungsorientierungen macht sie zu privilegierten Akteuren bei der Bewältigung neuer gesellschaftlicher Herausforderungen und der Entwicklung innovativer Lösungswege. Die Stimmen der Kinder und Jugendlichen zu hören, ihnen eigensinnige Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen



und sie umfassend zu beteiligen, wird angesichts neuer Herausforderungen (Globalisierung, Individualisierung, entstandardisierte Lebensläufe, demographische und ökologische Entwicklungen etc.) zum Gebot der Stunde.

Integration durch Partizipation. Partizipation wird mehr und mehr zu einem bevorzugten Instrument, um Integration und Teilhabe gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund zu verbessern. Die Ausweitung von Partizipationsgelegenheiten wird dabei als ein Königsweg zur Verstärkung sozialer Integration und zur Vermeidung und Bekämpfung von Ausgrenzung eingesetzt. Gerade für Angehörige von Minderheitengruppen, wie etwa behinderte Kinder und Jugendliche oder Kinder und Jugendliche mit Migrationsstatus, kann der aktive Einbezug in Beteiligungs- und Gestaltungsprozesse eine Stärkung ihrer Kompetenzen und Schutzfaktoren sowie gesellschaftliche Anerkennung mit sich bringen.

Prävention durch Partizipation. Partizipation ist – wie die Resilienzforschung nahe legt – ein wichtiges Instrument zur Erreichung unterschiedlicher Präventionsziele. Das Spektrum reicht von der Gesundheitsprävention über die Kriminalprävention bis hin zur politischen Prävention. Durch Partizipation werden Kinder und Jugendlichen ermutigt, ihre Sichtweisen und Interessen zu artikulieren und sich zum Beispiel gegen Übergriffe von Erwachsenen (sexueller Missbrauch etc.) zu wehren. Durch Partizipation erwerben Kinder und Jugendliche zudem Kompetenzen und Motivationen wie Verantwortlichkeit, Kooperationsfähigkeit und Selbstbewusstsein, die ihre Rolle als aktive Bürgerinnen und Bürger stärken. Aus der Perspektive eines umfassenden Partizipationsverständnisses geht es dabei nicht um die

Durchsetzung restriktiver Verhaltenserwartungen an den „guten“ Bürger sondern vielmehr um die Stärkung von Zugehörigkeitsgefühl und Selbstbewusstsein und die Befähigung zu selbstbewusstem Beteiligungshandeln (Empowerment). Beteiligung gilt daher auch als wichtige Vorkehrung, um die Attraktivität rechtsextremer, fremdenfeindlicher und gewaltbereiter Ideologien zu mindern.

Demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit. Ein breites Spektrum unterschiedlicher Begründungen für mehr Kinderpartizipation bezieht sich auf die Folgen des demographischen Wandels. Auf lokaler und regionaler Ebene gilt eine „kinderfreundliche“ Gesellschaft mit einer verbesserten Infrastruktur für Heranwachsende und Familien als ein wichtiger Anreiz, der zur Steigerung der Geburten beitragen könnte. Eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in diesem Kontext allerdings erst dann zu erwarten, wenn nicht familienpolitisch verengt fast ausschließlich die (potenziellen) Eltern, sondern auch und gerade Kinder und Jugendliche im Zentrum des Interesses stehen.

Auch die veränderte demographische Zusammensetzung der Wahlbevölkerung wird als Begründung für eine verstärkte Partizipation von Kindern und Jugendlichen herangezogen. Die zunehmende Anzahl von Wählerinnen und Wählern im Seniorenalter könnte dazu führen, dass die Interessen, Bedürfnisse und Anliegen der Altersgruppe der unter 18-Jährigen öffentlich immer weniger sichtbar und politisch marginalisiert werden. Es wird daher für eine

Herabsetzung des aktiven wie des passiven Wahlalters plädiert, um die Anzahl der jüngeren Wahlberechtigten zu erhöhen. Eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen könnte auch die Chancen für mehr Generationengerechtigkeit steigern. Hierbei geht es sowohl um die verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen des Gemeinwesens als auch um die frühzeitige Überprüfung politischer Entscheidungen hinsichtlich ihrer Verträglichkeit für alle Altersgruppen, wie es z.B. das „generational mainstreaming“ in Österreich vorsieht.

Moderne Staatlichkeit und Bürgerkommune. Im Rahmen der Verwaltungsreformen der 1990er Jahre wurden viele kommunale Fachbereiche und Verwaltungen zumindest dem Anspruch nach zu „kundenorientierten Dienstleistungsorganisationen“ umgewandelt. Auch die Ausweitung von Partizipationsrechten von Kindern und Jugendlichen spielte in diesem Prozess eine wichtige Rolle. Bei der Produktion persönlicher Dienstleistungen wirken die Nutzer bzw. Konsumenten als „externe Produktionsfaktoren“ mit. Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Jugendhilfe ist daher schon aus ökonomischen Gründen zweckmäßig. Vermehrte Wahlmöglichkeiten sollten darüber hinaus die Konsumentenmacht von Kindern und Jugendlichen und ihren Eltern als „Kunden“ öffentlicher Dienstleistungen stärken.

Über diesen Ansatz gehen demokratiethoretisch begründete Bestrebungen zu einer echten Bürgerbeteiligung hinaus. Leitidee

ist die Öffnung der kommunalen Verwaltung für Kinder und Jugendliche durch den Ausbau von Beteiligungsrechten an Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen sowie Formen der Selbstorganisation und Selbstverwaltung. Dem entspricht, dass die Prinzipien der „Partizipation“ und „Lebensweltorientierung“ zentrale Bestandteile eines fachlichen Selbstverständnisses moderner Jugendhilfe sind.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Mittel zur Effizienzsteigerung von Planungsvorhaben. In der Planungstheorie gilt die Beteiligung von Planungsadressaten als ein wichtiges Mittel zur qualitativen Verbesserung von Planungsvorhaben. Es wird daher in zunehmendem Maße mit dem Einbezug von Kindern und Jugendlichen als „Experten in eigener Sache“ in Planungsprozesse (wie Wohnumfeldplanung, Spielplatzplanung, Verkehrswegeplanung etc.) experimentiert. Hiermit kann eine bessere Abstimmung der Vorhaben mit den spezifischen Bedürfnissen und Interessen der Kinder und damit eine Qualitätsverbesserung der Planung erreicht werden. Allerdings reichen beschränkte Formen der Beteiligung durch einmalige Konsultationen und Zufriedenheitsabfragen nicht aus; erforderlich sind umfassende Beteiligungsprojekte, bei denen Kinder und Jugendliche von Beginn an in die Vorbereitung, Umsetzung und Evaluation lokaler Planungsvorhaben einbezogen werden.

Europäische Bürgerschaft. In der Europäischen Union wird die verstärkte Partizipation

von Kindern und Jugendlichen als wichtiger Bestandteil der Lissabon-Strategie betrachtet (Kommission 2001). Es geht nicht zuletzt um die demokratische Ausgestaltung und Legitimierung des Europäischen Erweiterungsprozesses. Insbesondere die gescheiterte Ratifizierung einer gemeinsamen Europäischen Verfassung zeigt eindringlich, dass das Ziel einer Europäischen Bürgerschaft nur erreicht werden kann, wenn junge Leute in diesen Prozess aktiv einbezogen werden.

Transnationale Impulse. Auch im internationalen Kontext und in der Entwicklungszusammenarbeit spielt die Partizipation von Kindern und Jugendlichen eine wachsende Rolle. Hierzu gehören die durch die UN-Kinderrechtskonvention von 1989 ausgelösten nationalen Aktionspläne und ihre internationale Begutachtung sowie die Weltkonferenzen der 1990er Jahre, aus denen u.a. die lokale Agenda 21 hervorgegangen ist. In globalisierten Politikfeldern spielt die Beteiligung junger Menschen eine wichtige Rolle. Insbesondere die Kindergipfel (bislang 1990 und 2002), die in vielen Ländern nationale Initiativen angestoßen haben, führten zu einer Ausweitung von Beteiligungsrechten für Kinder und Jugendliche. Auch in Zukunft sind verstärkte Anstrengungen auf nationaler Ebene erforderlich, um die auf internationalen Gipfeltreffen und in internationalen Dokumenten formulierten anspruchsvollen Partizipationsziele umsetzen zu können. Die deutsche Partizipationspraxis wird auch künftig dem kritischen Blick internationaler Institutionen ausgesetzt sein, aber

auch von den internationalen Anregungen zu einer guten Praxis profitieren können.

Kinder- und Jugendbeteiligung zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Zweite These: Auch in Deutschland gibt es immer wieder gelingende Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung. Allerdings wird davon bislang nur eine kleine Minderheit erreicht. Durchaus vorhandene Partizipationswünsche werden vielfach nicht aufgegriffen. Bestehende Angebote sind oft nur wenig verankert, selten nachhaltig und zumeist nur begrenzt wirksam.

Auch wenn uns aktuell keine umfassende Bestandsaufnahme zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland vorliegt, sind sich die BeobachterInnen weitgehend einig, dass wir es mit einem disparaten Feld zu tun haben, auf dem sich Ruinen vergangener Anstrengungen neben imponierenden Neubauten finden, oft umgeben von reichlich Brachland. Einige Belege sollen genügen. Auffällig ist bereits die geringe rechtliche Verbindlichkeit der Kinder- und Jugendbeteiligung. Auch sechzehn Jahre nach der Unterzeichnung wird noch immer über die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in das Grundgesetz gestritten. Die Ausgestaltung politischer Beteiligungsrechte junger Menschen fehlt auf Bundesebene. Die spärliche Ausstattung der Kinderkommission des Bundestages ist ein Symptom dieser äußerst schwachen institutionellen Verankerung dieser Aufgabe. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz von 1990/91 bietet zwar eine Fülle von

Ansatzpunkten und enthält bindende Aufträge, z.B. zur beteiligungsorientierten Kinder- und Jugendhilfeplanung, aber es häufen sich die Nachrichten, dass es gerade mit Blick auf Beteiligung erhebliche „Vollzugsdefizite“ gibt.

Wer sich über Kinder- und Jugendbeteiligung informieren will, wird noch am besten bei den großen Nichtregierungsorganisationen und Themenanwälten dieses Feldes bedient. Das Deutsche Kinderhilfswerk macht z.B. vieles von dem, was von der Bundesregierung bzw. dem zuständigen Ministerium erwartet werden könnte (Kinderpolitische Landkarte, Nachschlagewerk zu Kinderpolitik und angemessenen Beteiligungsformen, Weiterbildungsangebote für Beteiligungsmoderatoren etc.). Gerade in den letzten Jahren hat Unicef verstärkt Deutschland in Vergleichsstudien zur Lage von Kindern und Jugendlichen einbezogen, um nur eine weitere Organisation in diesem Feld hervorzuheben.

Auch die Landesebene bietet eine disparate Szenerie. Hier finden sich Länder, die seit Jahren eine systematische Beteiligungspolitik praktizieren und diese in der Landesverfassung bzw. in der Gemeinde- und Landkreisordnung verankert haben. Immerhin ist Schleswig-Holstein noch immer das einzige Bundesland mit einer verpflichtenden „muss“-Bestimmung (§ 47 f) in der Gemeindeordnung – ansonsten finden wir „kann“- und „soll“-Formulierungen, wenn es um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen geht (z.B. der Jugendgemeinderat in Baden-Württemberg oder die Jugendvertretung in Rheinland-Pfalz). Aber wir

treffen auch auf jede Menge „weißer Flecken“, d.h. Länder die nicht über den bundesgesetzlichen Rahmen hinaus in Erscheinung treten (z.B. Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen – Quelle ist die kinderpolitische Landkarte des DKHW mit Stand 2004). Das sonst so beliebte benchmarking hat das Beteiligungsthema offensichtlich noch nicht erreicht.

Zentraler Ort der Kinder- und Jugendpartizipation sind ohne Zweifel die Kommunen, die ein sehr lebendiges, aber auch heterogenes Bild abgeben. Hier werden nicht nur Bundes- und Landesgesetze genutzt (oder auch nicht), sondern Handlungs- und Gestaltungsspielräume (z.B. durch Experimentierklauseln) über Grundordnungen, Ortsatzungen etc. erweitert. Hinzu kommt eine Fülle von lokalen Projekten, angeregt durch überregionale Modellprogramme, Wettbewerbe und Kampagnen aller Art, die im einzelnen ganz wunderbar sein mögen, aber durch ihre zeitliche, sachliche und sozia-

le Begrenzung kaum in der Lage sind, Kinder- und Jugendpolitik nachhaltig zu prägen.

Die Notwendigkeit nachhaltiger Beteiligung wird keineswegs überall gesehen oder gar in der Praxis umgesetzt. Diese Einschätzung wurde zuletzt durch eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung im Kontext des Projekts „mitWirkung!“ der Bertelsmann Stiftung bestätigt, an der sich in 42 Städten und Gemeinden mehr als 12 000 Schüler, über 1 000 Lehrer und Schulleiter sowie Vertreter der Kommunen beteiligten (Fatke/Schneider 2005). Während drei Viertel der befragten Kinder und Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren angaben, zu Hause viel oder sehr viel mitbestimmen zu können, sahen nur 14,5 Prozent eine ähnlich positive Beteiligungssituation in der Schule und nur 13,6 Prozent im lokalen Gemeinwesen gegeben. Mehr als zwei Drittel der Befragten forderten, dass Jugendliche in der Politik mehr zu sagen haben sollten. Nur knapp jeder zehnte Jugendliche



fühlt sich von den Politikern ernst genommen. Sich selbst geben aber die befragten Lehrer, Schulleiter und Kommunalpolitiker wesentlich bessere Noten. Ihnen fehlt es weithin an einer realistischen Einschätzung der faktischen Beteiligungssituation in der Kommune und ihren Schulen. Diese Kluft hat jedoch bei den befragten jungen Menschen (noch) kein allgemeines politisches Desinteresse provoziert. „Vielmehr geben 78 Prozent der Befragten an, sich bei attraktiveren Beteiligungsangeboten und besseren Rahmenbedingungen stärker einbringen zu wollen“ (Fatke u.a. 2006: 30).

Perspektiven gelingender Partizipation und kommunale Handlungsempfehlungen

Die im Rahmen des Projekts „mitWirkung!“ entwickelten und nachfolgend skizzierten kommunalen Handlungsempfehlungen stellen einen Versuch dar, Perspektiven nachhaltiger Beteiligung für die lokale Ebene konkreter zu fassen.

(1) Strategische Konzeption entwickeln und zentrale Maßnahmen planen

Welche Ziele sollen bei der Partizipation von jungen Menschen in der Stadt, der Gemeinde bzw. des Landkreises im Vordergrund stehen und wie sollen sie erreicht werden? Welche Prioritäten werden gesetzt und welche Vorgehensweisen und Modelle sollen in welchem Zeitraum realisiert werden? Fragen dieser Art bilden die Leitlinien, an denen entlang ein kommunales Konzept zur erweiterten Partizipation von Kindern und Jugendlichen entwickelt werden kann.

Die Hauptverantwortung für die Entwicklung eines partizipationspolitischen Konzepts liegt bei der kommunalen Politik und Verwaltung. Allerdings sollte sowohl bei der Bestandsaufnahme als auch bei der Entwicklung von Zielen, Schwerpunkten und Maßnahmen von Beginn an ein partizipativer Prozess unter Einbezug aller maßgeblichen Akteure (kommunale Politik und Verwaltung, freie Träger, junge Menschen) entwickelt werden. Dabei sollte von Beginn an Einvernehmen darüber herrschen, dass ein umfassendes Konzept der Beteiligung der jungen Generation ressort- und trägerübergreifend angelegt ist und allen Kindern und Jugendlichen die Chance einräumt, gleichberechtigt an (fach-)politischen Entscheidungsprozessen zu partizipieren.

Unabhängig davon, ob der Prozess von unten nach oben (bottom up) oder von oben nach unten (top down) abläuft, sollte ein Beschluss des Stadtrates bzw. der Gemeindevertretung den politischen Willen zur Umsetzung des Partizipationskonzepts dokumentieren. Das umfassende und integrative Partizipationskonzept der Kommune bildet den Rahmen für konkrete Konzepte und Maßnahmen in den einzelnen Ressorts (wie z. B. Stadtentwicklungsplanung, Bildungspolitik, Kinder- und Jugendhilfe etc.). Messbare Ziele und verbindliche Zeitvorgaben ermöglichen es, in regelmäßigen Abständen den Stand der Umsetzung geplanter Maßnahmen zu überprüfen und ggf. Veränderungen in den Zielen bzw. Maßnahmen vorzunehmen.

(2) Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Querschnittsaufgabe verankern

Ein weit verbreitetes Phänomen in der kommunalen Beteiligungspraxis ist die Herausbildung von „Beteiligungsinselfn“; in diesen Fällen gehen Impulse und neue Vorschläge und Modelle der Partizipation von Kindern und Jugendlichen ausschließlich oder überwiegend von einer bestimmten Akteursgruppe oder einem Verwaltungsressort (sei es nun der Bereich Bildung, Kinder- und Jugendhilfe etc.) aus. Solche Initiativen und Projekte bleiben in ihren Auswirkungen auf die kommunale Beteiligungskultur begrenzt. Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist daher als eine gesamtstädtische und ressortübergreifende Querschnittsaufgabe zu verstehen. Die Rahmenplanung und Koordinierung der Einzelaktivitäten ist daher zentral zu verorten, während die Verantwortlichkeit für die Planung und Durchführung einzelner Maßnahmen in den Fachbereichen liegt.

Welche Form die zentrale Koordinierungsstelle annimmt, ob diese Aufgabe also zum Beispiel bei einem lokalen Kinderbeauftragten oder bei einer Abteilung oder Stelle in der Verwaltung liegt, hängt von den konkreten Gegebenheiten der Kommune ab. Entscheidend ist die Festlegung klarer Zuständigkeiten und die Ausstattung mit Ressourcen. Es wäre zu überlegen, ob für Partizipationsprojekte ein Beteiligungshaushalt eingerichtet wird. Ohne eine Verankerung als Querschnittsaufgabe ist nicht gesichert, dass die Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei allen kommunalen Planungen und Vorhaben einbezogen wird.

Um die Verzahnung von Partizipationsvorhaben als Querschnittsaufgabe und als Verantwortlichkeit in den Fachämtern sicherzustellen, ist es sinnvoll, innerhalb der Verwaltung ein kinderpolitisches Kompetenznetzwerk aufzubauen. Viele Akteure sind bereits mit Anliegen und Modellen der Partizipation (zum Beispiel im Bereich der Stadtplanung, der Bildungs- und der Kinder- und Jugendhilfeplanung) befasst, ohne sich immer über ihre Ziele und Maßnahmen auszutauschen. Dies führt nicht selten dazu, dass in ein und derselben Kommune im Hinblick auf Kinder- und Jugendpartizipation „das Rad mehrfach neu erfunden“ wird. Ein Kompetenznetzwerk „Kinder- und Jugendpartizipation“ kann dazu beitragen, dass Erfahrungen innerhalb der Verwaltung ausgetauscht, Ziele abgestimmt und Maßnahmen koordiniert werden.

(3) Kommunale Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche benennen und qualifizieren

Kinder und Jugendliche, aber auch Jugendverbände, Initiativen und Projekte haben oft Probleme, für ihre Anliegen und Fragen die richtigen Ansprechpartner innerhalb der kommunalen Verwaltung zu finden. Aus diesem Grunde ist es sinnvoll, innerhalb der Verwaltung Lotsen, Moderatoren oder Mentoren zu benennen, die die Anfragen und Anliegen der jungen Menschen an die zuständigen Stellen weiterleiten und Kinder und Jugendliche bei ihrem Artikulations- und Beteiligungsprozess unterstützen, beraten und fördern können. Ob diese Ansprechpartner, Beauftragten oder Lotsen ausschließlich für die Partizipation

von Kindern und Jugendlichen oder aber für die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger insgesamt zuständig sind, hängt dabei von der Größe und den konkreten Gegebenheiten vor Ort ab. Für die Kontaktaufnahme zwischen Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen und die Koordination von Vorhaben ist lediglich entscheidend, dass klare Verantwortlichkeiten für diese Aufgabe definiert werden.

(4) Netzwerke entwickeln

Politik und Verwaltung auf kommunaler Ebene sollten ihre konzeptionell-strategische Ausrichtung und ihre operative Arbeit so gestalten, dass die Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure erleichtert wird.



Insbesondere im Bereich der Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist es erforderlich, die Konzepte und Maßnahmen zwischen Politik, Verwaltung, beteiligungsinteressierten Gruppen, Initiativen und engagierten Einzelnen sowie freien Trägern und weiteren Institutionen der Zivilgesellschaft abzustimmen und zu koordinieren. Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist ohne eine intensive Kooperation mit gesellschaftlichen Gruppen, Initiativen und Akteuren nur schwer realisierbar. Die Koordination solcher Netzwerke muss sichergestellt werden. Der kommunalen Verwaltung kommt dabei eine große Bedeutung zu.

(5) Eine Vielfalt von Beteiligungsformen aufbauen

Die bisherige Entwicklung von Modellen und Instrumenten der Partizipation von Kindern und Jugendlichen hat gezeigt, dass es nicht den „Königsweg“ der Partizipation gibt. Vielmehr haben die verschiedenen Formen und Modelle der Partizipation jeweils spezifische Stärken und Schwächen. Kommunale Politik und Verwaltung sind daher aufgefordert, sich nicht auf ein Beteiligungsinstrument oder -modell zu verlassen, sondern vielmehr ein breites Spektrum unterschiedlicher Beteiligungsformen zu entwickeln und zu erproben. Dennoch lassen sich einige generelle Gütekriterien für wirksame und nachhaltige Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen benennen. Modelle und Verfahren der Partizipation sollten den jungen Menschen echte Entscheidungsbefugnisse zusichern,

erforderliche Informationen und Ressourcen bereitstellen, im Hinblick auf die Zielgruppen durch Offenheit, Repräsentativität und Transparenz gekennzeichnet und mit Erfolgsmeldungen in möglichst kurzen Zeiträumen verbunden sein. Projekte und Modelle, in denen Entscheidungsbefugnisse nur „gespielt“ bzw. simuliert werden, die durch Intransparenz der Teilnahme gekennzeichnet sind und deren Ergebnisse folgenlos bleiben, demotivieren Kinder und Jugendliche und tragen nichts Wesentliches zur Erreichung der Partizipationsziele bei.

Soweit formale Beteiligungsmodelle, wie Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendräte etc. eingeführt bzw. weiter entwickelt werden, sollten größtmögliche Offenheit, Repräsentativität und Effektivität gewährleistet sein. So sollten etwa die Wahlverfahren der Mitglieder für möglichst alle Angehörigen der Zielgruppe offen und zugänglich sein (was etwa über die Wahlen an Schulen erreicht werden könnte), Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar definiert und verbindliche Verfahren über den kommunalpolitischen Umgang mit den Vorschlägen und Forderungen dieser Gremien (möglichst schriftlich) fixiert werden.

Daneben benötigen auch kurzfristige, anlassbezogene und projektorientierte Beteiligungsformen klare und verbindliche Regelungen. So müssen auch hier die Zuständigkeiten und Regelungsbefugnisse klar definiert und der Umgang mit Beteiligungsergebnissen verbindlich definiert werden. Dabei sollten möglichst kurze Fristen für die Rückmeldung von Ergeb-

nissen vorgesehen werden, damit die beteiligungsaktiven jungen Menschen den Erfolg ihres Engagements abschätzen und eventuell die Früchte dieses Beteiligungshandelns auch noch selbst genießen können.

(6) Fort- und Weiterbildungsangebote sicherstellen

Die Fort- und Weiterbildung der beteiligten Akteure – also sowohl der Erwachsenen aus Politik, Verwaltung und gesellschaftlichen Institutionen (wie zum Beispiel auch Schule), als auch der jungen Menschen selbst – ist eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg von Beteiligungsverfahren. In Modellen der Beteiligung junger Menschen auf kommunaler Ebene arbeiten Erwachsene mit Kindern und Jugendlichen bei der Verwirklichung konkreter Partizipationsprojekte zusammen. Dies erfordert ein Rollenhandeln, das von wechselseitiger Akzeptanz, gleichberechtigter Teilhabe und Lernbereitschaft geprägt ist. Insbesondere Erwachsene – die in diesem Zusammenhang oft auch noch professionelle Fachkräfte oder Leitungspersonen sind – tun sich nicht selten schwer, altersgemäße Formen der Kommunikation zu entwickeln und zu praktizieren, in denen junge Menschen nicht bevormundet oder belehrt, sondern als gleichberechtigte Partner akzeptiert werden. Die Ermöglichung von Partizipation – gerade auch von jungen Menschen – ist daher kein Selbstläufer, sondern muss gelernt werden, und zwar von allen Beteiligten. Kommunale Politik und Verwaltung sollten daher sicherstellen, dass sowohl die kommunalen Politiker und Verwaltungs-

mitarbeiter als auch die beteiligten Akteure aus freien Trägern und gesellschaftlichen Gruppen in geeigneten Formen der Fort- und Weiterbildung auf die Durchführung von Beteiligungsprojekten vorbereitet werden. Auch projektbegleitende Formen der Qualifizierung sind hilfreich. Darüber hinaus gilt es auch für die beteiligten jungen Menschen, gegebenenfalls erforderliche Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie Informationen in geeigneter Form zu erlernen. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass durch altersgemäße, attraktive und nicht ausschließlich auf abstrakte Wissensvermittlung abzielende Formen der Qualifizierung die Motivation zur freiwilligen Teilnahme auch für junge Menschen aus bildungsbenachteiligten Gruppen erhöht wird. Um den Erfolg von Qualifizierungsmaßnahmen für junge Menschen zu optimieren, hat es sich als sinnvoll erwiesen, ältere und erfahrene Jugendliche dazu zu motivieren und zu befähigen, ihr Beteiligungswissen und ihre Fähigkeiten an jüngere weiterzugeben. Der Unterstützung durch Jüngere bzw. fast-Gleichaltrige (peer-education) kommt in Beteiligungsprozessen ein besonderes Gewicht zu, weil dadurch nicht nur Beteiligungsbarrieren abgebaut, sondern auch die Authentizität und Überzeugungskraft der Partizipationsangebote gesteigert werden können.

(7) [Transparenz herstellen und Informationsaustausch verbreitern](#)

Oberstes Ziel einer umfassenden nachhaltigen Strategie der Partizipation von jungen Menschen ist es, möglichst alle Kinder und

Jugendlichen unabhängig von ihrem Alter, Geschlecht, sozialen Hintergrund, Bildungsniveau etc. in Beteiligungsverfahren einzu beziehen. Dies schließt nicht aus, dass sich konkrete Beteiligungsprojekte und Modelle gezielt an bestimmte Gruppen von Kindern und Jugendlichen (zum Beispiel „Risikojugendliche“, Jugendliche mit Migrationshintergrund, mit Behinderungen etc.) richten. Um die Ziele, den Nutzen, aber auch die Beteiligungsbedingungen und -voraussetzungen möglichst allen Kindern und Jugendlichen nahe zu bringen, ist ein integriertes Kommunikationskonzept erforderlich. Um einen umfassenden Informationsaustausch zwischen kommunaler Politik und Verwaltung und unterschiedlichen Gruppen von Kindern und Jugendlichen sicher zu stellen, sind sowohl formale als auch in-



formelle und personenbezogene Kommunikationswege zu entwickeln und zu pflegen. Um Partizipationsprojekte und die hiermit verbundenen konkreten Anliegen bei den Zielgruppen bekannt zu machen, sind zunächst einmal die institutionellen Kommunikationskanäle auf kommunaler Ebene zu nutzen. So sollten die offiziellen Kommunikationswege zu Kindergärten, Schulen, Trägern und Einrichtungen der Jugendhilfe, Vereinen in Kultur-, Sport- und sonstigen Bereichen genutzt werden. Darüber hinaus ist es sinnvoll, ein Netz von festen Ansprechpartnern – zum Beispiel in den Kinder- und Jugendverbänden, bei den freien Trägern der Jugendhilfe etc. – aufzubauen und zu pflegen. Allerdings sind nicht alle jungen Menschen über institutionelle Kommunikationswege erreichbar. Insbesondere über Beziehungsnetze zu schwach verfassten offenen Szenen und Angeboten, die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und der „zugehenden Sozialarbeit“ (Streetwork) gelingt es, Jugendliche aus bestimmten Szenen und Subkulturen zu erreichen. Wichtig ist es, Jugendliche über diejenigen Medien anzusprechen, die sie tatsächlich im Alltag benutzen. Es ist daher ratsam, Informationen über Beteiligungsprozesse über Schülerzeitungen, Internetplattformen, Stadtzeitungen und Illustrierte sowie kostenlosen Anzeigenblättern etc. zu verbreiten.

(8) [Bürgerschaftliches Engagement von jungen Menschen fördern und unterstützen](#)
Beteiligung von jungen Menschen in ihrem lokalen Gemeinwesen ist eine konkrete Aus-

drucksform des bürgerschaftlichen Engagements. Insofern kann die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ein geeignetes Mittel sein, um junge Menschen für Partizipation zu interessieren und zu befähigen.

Viele Kommunen haben die Aufgabe der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für sich erkannt. In diesem Zusammenhang sollten gerade junge Menschen frühzeitig einbezogen werden, indem ihnen lebensgeschichtlich frühe Zugänge zum Engagement ermöglicht werden. Viele Projekte und Beispiele belegen das Interesse der jungen Menschen. Die Initiative „Schüler helfen Leben“, die es seit mehr als einem Jahrzehnt gibt, hat in diesem Sommer 390 000 Schüler dafür gewonnen, einen „sozialen Tag“ arbeitend außerhalb der Schule zu verbringen und dabei mit mehr als 4,2 Millionen Euro Kinder- und Jugendprojekte im kriegsgeschädigten Südosteuropa und Ländern der „Dritten Welt“ zu fördern. Ähnliche „soziale Aktionstage“ gibt es auch in einigen Bundesländern, wo die eingespielten Mittel teilweise auch für Projekte vor Ort eingesetzt werden. Die Möglichkeiten des „Civic Engagement“ und „Service Learning“ sind in der Bundesrepublik keineswegs ausgereizt. Auch hier gilt es, bei der Ausgestaltung solcher Projekte junge Menschen intensiv zu beteiligen.

(9) [Benachteiligte junge Menschen zur Partizipation ermuntern](#)

Nicht alle Modelle und Verfahren der Partizipation sind für alle Kinder und Jugendlichen gleich attraktiv. Erfahrungen mit konkreten

Formen der Beteiligung junger Menschen belegen, dass sich die Gestaltung der Beteiligungsprojekte auf die Beteiligung unterschiedlicher Gruppen von Kindern und Jugendlichen auswirkt. So sind hoch formalisierte, den Beteiligungsformen der Erwachsenen angenäherte Spielarten der Jugendpartizipation wie etwa Kinder- und Jugendparlamente bzw. Kinder- und Jugendräte überwiegend für junge Menschen mit entsprechenden Interessen und Neigungen und sprachlichen Ausdrucksfähigkeiten attraktiv. Demgegenüber haben junge Menschen aus benachteiligten Schichten, mit Migrationshintergrund oder mit spezifischen Bedürfnissen (Behinderungen) oft andere Interessen, Wünsche und Kompetenzen. Einschlägige Projekte und Modelle zeigen, dass auch diese Kinder und Jugendlichen für konkrete Beteiligungsprojekte interessiert und motiviert werden können. Allerdings benötigen sie andere Rahmenbedingungen und Zielsetzungen. So zeigen etwa Projekte aus dem Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt“, aber auch Projekte von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, dass Modelle und Verfahren erfolgreich sind, die an den konkreten Anliegen und Problemen dieser jungen Menschen ansetzen, möglichst wenig Partizipationsbarrieren aufbauen und durch entsprechend qualifizierte Moderatoren und Mentoren begleitet werden. Es sind insbesondere die niedrigschwelligen, sozialräumlich orientierten Partizipationsprojekte, für die solche jungen Menschen gewonnen werden können. In diesen Projekten stehen alltägliche Probleme der Lebensbewältigung im Vordergrund, heißt

Mitwirkung nicht nur debattieren sondern auch anpacken und praktisches Tun und sind Erfolge relativ kurzfristig im Sinne einer Verbesserung der Lebensbedingungen erfahrbar. Solche Projekte haben daher relativ konkrete Ziele, vergleichsweise kurze Laufzeiten und erzeugen spürbare Wirkungen (zum Beispiel der Wohnumfeldverbesserung, Verbesserung von Qualifizierungsangeboten, Unterstützung bei konkreten Benachteiligungen und Beeinträchtigungen etc.).

(10) Schulen bzw. Bildungseinrichtungen in die Entwicklung kommunaler Partizipationsprojekte einbeziehen

Schulen im engeren Sinne bzw. Bildungseinrichtungen im weiteren Sinne sind diejenigen Orte, an denen sich junge Menschen in ihrer überwiegenden Mehrzahl im Verlaufe des Tages aufhalten. Schon aus diesem Grunde kommt den Schulen bzw. Bildungseinrichtungen bei der Entwicklung von Verfahren und Modellen kommunaler Partizipation eine wichtige Rolle zu. Darüber hinaus wird den Schulen vor dem Hintergrund veränderter Bildungsanforderungen und Bildungskonzepte zunehmend bewusst, dass sie ohne Beteiligungsformen ihren erweiterten Bildungsauftrag nicht mehr werden erfüllen können. Empirische Untersuchungen zeigen, dass die Beteiligungswirklichkeit in den Schulen hinter solchen Ansprüchen oft weit zurückbleibt. Während die Beteiligung an Randbereichen des schulischen Lebens (zum Beispiel Auswahl des Ziels der Klassenreise, Gestaltung des Pausenhofes etc.) weit vorangeschritten ist, haben die jungen Menschen

in den auch für sie zentralen Bereichen (Curricula, Stundentafeln, Unterrichtsformen und -inhalte) kaum Einflussmöglichkeiten. Durch Prozesse der inneren und äußeren Öffnung von Schulen und die Ausweitung von ganztägigen Bildungsangeboten scheint sich diese Situation allmählich zu verändern. In diesem Zusammenhang werden Schulen oft zu wichtigen Lernorten für das Gemeinwesen. Darüber hinaus zeigen die Beispiele der Wahlen zum Kinder- und Jugendrat oder die Erfolge von „Schüler helfen Leben“, dass lokale Partizipationspolitik nur mit den Schulen, mit ihrer aktiven Beteiligung und Unterstützung gelingen kann. Umgekehrt zeigen die Beispiele einer gemeinwesenbezogenen Öffnung von Schulen und die Projekte des „Service Learning“, dass der schulische Bildungs- und Erziehungsauftrag durch die Bereitstellung von lebensnahen Lernorten befördert werden kann.

(11) Das soziale Kapital des kommunalen Vereinswesens für Beteiligungsprojekte nutzen

Vereine, vor allem Sport- und Kulturvereine, sind nach wie vor die wichtigsten Orte für junge Menschen außerhalb von Elternhaus und Schule, an denen gemeinsame Vorhaben geplant und im Alltag realisiert werden. Damit sind die Vereine wichtige Lernorte für Beteiligungsverhalten. Dieser Sachverhalt wird durch die empirische Studie der Initiative mitWirkung! bestätigt, wonach die Vereinszugehörigkeit ein wichtiger Erklärungsfaktor für die Beteiligung an Partizipationsvorhaben darstellt. Kommunale Beteiligungspolitik für junge Menschen kann sich dieses „soziale

Kapital“ zu nutze machen. Dies setzt voraus, dass gezielt gemeinsame Projekte und Vorhaben entwickelt werden, bei denen die Vereinsjugend eine zentrale Rolle spielt – ohne dabei in Vereinsmeierei zu versinken. Gerade weil vor allem in kleineren Gemeinden Vereine eine tragende Rolle im kommunalen Geschehen spielen, gilt es, Vereine auch für kommunale Beteiligungsvorhaben zu gewinnen sowie deren eigene Beteiligungsprozesse zu unterstützen.

(12) Erfolge messen und Ergebnisse bewerten

Auch Maßnahmen der Partizipation für junge Menschen binden die Aufmerksamkeit und Zeit kommunaler Entscheider und die Ressourcen der kommunalen Verwaltung. Darüber hinaus entwickeln die beteiligten jungen Menschen erhebliche Erwartungen an die Ergebnisse dieser Beteiligungsverfahren und investieren selbst viel Zeit und Energie. Es wird also immer wichtiger, die Wirkungen eines solchen Engagements und Ressourceneinsatzes zu überprüfen und ggf. Veränderungen einzuleiten, um die Modelle und Maßnahmen zu optimieren. Immer wieder wird argumentiert, dass es nur sehr schwer oder gar nicht möglich sei, messbare Indikatoren zu konstruieren, an denen sich der Erfolg komplexer Beteiligungsverfahren überprüfen ließe. Bei näherem Hinsehen zeigt sich allerdings regelmäßig, dass sich durchaus Indikatoren bilden lassen, an denen sich Verbesserungen oder Verschlechterungen der Partizipationsituation in einer Kommune ablesen lassen. So lässt sich etwa ganz grundsätzlich überprüfen, ob, und wenn ja, an wel-

chen Stellen im Planungsprozess und wie oft Kinder und Jugendliche beteiligt werden. Vor allem kann geprüft werden, ob sich die Beteiligung von jungen Menschen auf eine einmalige Abfrage ihrer Wünsche und Interessen beschränkt, oder an mehreren Stellen eines komplexeren Entscheidungsfindungsprozesses realisiert wird. Bei der Entwicklung von Indikatoren-Systemen sollte weniger auf den Input von Modellen und Ansätzen (wie viel kostet eine Maßnahme, wie hoch ist der Personaleinsatz etc.?) oder den Output (Wie viel Partizipationsangebote wurden gemacht?) geachtet, sondern vielmehr nach dem Outcome, also den Wirkungen bei der Zielgruppe gefragt werden. Es liegt auf der Hand, dass dies auch gezielte Befragungen der jungen Menschen erfordert. Die regelmäßige Evaluation von Projekten und Maßnahmen der Partizipation erleichtert es kommunaler Politik und Verwaltung, nachvollziehbare Entscheidungen hinsichtlich bestimmter Partizipationsansätze zu treffen. Es liegt auf der Hand, dass insbesondere im Bereich der Partizipationsprojekte eine Beteiligung der Zielgruppen bei der Evaluation der Maßnahmen und Angebote unverzichtbar ist. Sie kann dazu beitragen, die Erfahrungen, Sichtweisen und Interessen junger Menschen

zu berücksichtigen und die Akzeptanz der Ergebnisse für die Zielgruppen zu erhöhen. Die Daten und Befunde der Evaluationsmaßnahmen sollten öffentlich zugänglich und die Maßnahmen regelmäßig wiederholt werden. Externe Evaluationen können dazu dienen, die entwickelten Maßnahmen und Projekte aus einer unabhängigen Sicht zu analysieren und damit den Entwicklungsstand einer Kommune bei der Entwicklung von Partizipationsprojekten aus einer neutralen Perspektive einzuschätzen.

Prof. Dr. Roland Roth studierte Sozialwissenschaften und ist seit 1993 Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Von 2000 bis 2002 war er sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. Er ist Mitglied in verschiedenen wissenschaftlichen Beiräten, so z.B. des Projekts „mitWirkung!“ - eine Initiative zur Stärkung der Kinder und Jugendbeteiligung in den Kommunen“ der Bertelsmann Stiftung und des vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend betreuten „Freiwilligensurveys“.

Literatur:

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2006): Kommunen schaffen Zukunft. Reformimpulse für Entscheider. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze, Gütersloh.
- Fatke, Reinhard/Schneider, Helmut (2005): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh.
- Fatke, Reinhard/Schneider, Helmut/Meinhold-Henschel, Sigrid/Biebricher, Martin (2006): Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12, S. 24-32.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Weißbuch der Europäischen Kommission: Neuer Schwung für die Jugend Europas. Brüssel

- Nextvote (2006): Jung und glücklich in Niedersachsen? Ergebnisse, Forderungen, Bilanz. Hannover
- O'Donoghue, Jennifer L. u.a. (2002), Moving youth participation forward. In: New directions for youth development, No. 96, Winter, S. 15-26
- Olk, Thomas/Roth, Roland (2007): Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Gütersloh.
- Roth, Roland (2007): „Freiwilliges Engagement und politische Mitbestimmung: Zwei Seiten einer Medaille“, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Vorbilder bilden – Gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel, Gütersloh, S. 15-27

IV. Berichte aus den Arbeitsgruppen

Die aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Blickwinkeln beleuchteten Begründungszusammenhänge und Perspektiven für das Handlungsfeld Partizipation von jungen Menschen wurden im Nachmittagsbereich in drei moderierten Arbeitsgruppen unter folgenden Fragestellungen vertieft:

1. Partizipation junger Menschen – warum?
2. Wie kann eine Partizipation junger Menschen gelingen?
3. Perspektiven einer gelingenden Partizipation?

Die Arbeitsgruppen wurden durch die Referenten Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte, Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker und Prof. Dr. Roland Roth fachlich begleitet.



Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1

Referent: Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte
Moderation: Martin Wonik, Vorsitzender im Landesjugendring NRW

Die Diskussionsergebnisse wurden dokumentiert von Klaus Brewig, bis 2008 Referent für offene Arbeit, Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Die Teilhabe bzw. das Teilhaben von Kindern und Jugendlichen (an etwas, was andere haben/Duden) ist unter folgenden Gesichtspunkten diskutiert worden (Die Abfolge stellt keine Gewichtung dar):

Reale Möglichkeiten bzw. Orte der Teilhabe

Innerhalb bestehender Strukturen fallen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten realer Teilhabe nicht zu. Es sind ausdrücklich dafür Freiräume zu schaffen, die mit für die junge Generation (jG) nachvollziehbaren Entscheidungsmöglichkeiten, Budgetierungen und Rollenzuschreibungen auszustatten sind. Und diese Freiräume müssen zudem für die junge Generation attraktiv sein.

Organisationen und Verbände weisen Funktionsinhaber mit besonderer Dispositionsbefugnis auf. Um eine bloße Idealisierung von Teilhabe (als Fluchtweg?) zu vermeiden, müssen diese Funktionsinhaber von der Sinnhaftigkeit von Partizipationsprozessen überzeugt werden, weil zwangsläufig damit eine Einschränkung ihrer eigenen Befugnisse einhergeht. Verfassungsmäßig gedacht muss eine rechte Balance zwischen der repräsentativen Orga-



nisationsregel und der „Graswurzel“ als Form direkter Einflussnahme gefunden werden.

Marktorientierung der jungen Generation

Der Wandel vom Angebots- zum Nachfragermarkt hat über die Zeit auch bei der jG zu einem Mentalitätswechsel geführt. Er lässt sich entlang von Etikettierungen erfassen: Schnäppchenmarkt-Verhalten, Orientierungsnomaden, smarte Schwärme, (nur noch) projekt- bzw. initiativbezogenes Engagement, Bereitschaft für temporäre Allianzen, extensive WWW-Nutzung.

Damit verändert sich verbandsbezogenes Operieren in wettbewerbsgeprägten Märkten: Die Anforderungen an die Jugendarbeit steigen. Die Attraktivität der eigenen Angebote für die junge Generation schiebt sich in den Vordergrund. Angesichts der Fülle von Angeboten für die und von Verpflichtungen der jG muss konzeptionell einkalkuliert werden, dass der Tag nur 24 Std. hat.

Zielgruppenspezifika

Es macht einen Unterschied ob man sich im Bereich der Verbandsarbeit oder der Offenen

Arbeit um Lösungen bemüht. Auch diesbezüglich gilt, dass die vorfindbaren Orientierungsmuster einer Zielgruppe Ausgangspunkt sein müssen. Eine auf das Entstehen von Freundschaften angelegte Gruppenarbeit in einem Verband muss anders angelegt sein als ein zeitlich begrenztes Projekt, das eher als Angebot für Teilnehmer/innen aus einem offenen Einzugsbereich konzipiert ist.

Verbandstypus

Auf einer Metaebene von „den Verbänden“ zu reden vernachlässigt die Tatsache, dass Verbände jeweils besondere Arbeitsansätze als Fundament aufweisen (siehe Mitgliederliste des LJR). Es wird empfohlen, für den „Sinnkern“ selbstbewusst zu werben, mit den Beständen zu rechnen und diese dann unter Einbezug veränderter Rahmenbedingungen über das „Generieren von Aufmerksamkeit“ weiter zu ent-



wickeln. Bei der Richtigkeit dieses Hinweises müssen allerdings auch begrenzte Ressourcen einkalkuliert werden.

Dabei muss auch im Blick bleiben, dass sich die Wertschätzungen der jungen Generation gegenüber weltanschaulichen, ideologischen und sonstigen Ausrichtungen der Verbände über die Zeit hinweg ebenfalls verändern (siehe Marktorientierung der jG).

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2

Referent: Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker
Moderatorin: Ulrike Werthmanns-Reppekus,
Geschäftsführerin des Paritätischen Jugendwerks NRW

Die Diskussionsergebnisse wurden dokumentiert von Christiane Trachternach, Bildungsreferentin im Landesjugendring NRW.

Die Diskussion in der AG entwickelte sich entlang der von Prof. Sturzenhecker vorgetragenen Kritikpunkte an der Praxis der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Jugendarbeit.

Widerspruch in Handeln und Sichtweisen Hauptamtlicher und Ehrenamtlicher

Hauptamtlich in Jugendverbänden Tätige verstehen sich oftmals als „Macher“. Sie sind

diejenigen, die Dinge konkret umsetzen und die über die wichtigen Informationen für Entscheidungen verfügen. In einer professionell arbeitenden Einrichtung wie einer Bildungsstätte bspw. sind widersprüchliche Funktionen implementiert: Auf der einen Seite sind ein professionelles Marketing und schnelle Entscheidungen notwendig, auf der anderen Seite besteht der Anspruch, Kinder und Jugendliche dennoch möglichst umfassend zu beteiligen. Die Sichtweise von Hauptamtlichen deckt sich jedoch nicht unbedingt mit den Ideen und Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen bzw. der ehrenamtlichen Akteure.

Es ist daher nötig, Formen zu finden, wie formale und nicht-formale Partizipationsmöglichkeiten besser miteinander verknüpft werden können. Wichtig ist darüber hinaus, die Partizipationsmöglichkeiten und den konkre-



ten Einfluss für Kinder und Jugendliche sichtbar und bewusst zu machen, damit die eigene Selbstwirksamkeit erfahren werden kann und sich auch politische Effekte zeigen (bspw. Lagerat im Zeltlager).

Grundwiderspruch im Handeln von Politik

Auch Politikerinnen und Politiker agieren in einem widersprüchlichen Handlungsfeld. Einerseits haben sie den Auftrag, Kinder- und Jugendarbeit zu gestalten und in diesem Sinne geben sie Fördergelder an die Jugendarbeit. Mit den damit verbundenen Zielperspektiven und Handlungsaufforderungen wollen sie wichtige gesellschaftspolitische Themen forcieren. Andererseits sollen Kinder und Jugendliche nicht funktionalisiert werden. Sie sollen dazu ermutigt werden, ihre eigenen Interessen und Sichtweisen zu formulieren und einzubringen.

Gelebte Partizipation sichtbar machen!

Oftmals sind die Entscheidungen von Kindern und Jugendlichen für diese selbst nicht mehr nachvollziehbar, da Hauptamtliche die „professionelle Umsetzung“ übernehmen. Kinder und Jugendliche sollten daher stärker in die Umsetzung ihrer Ideen einbezogen werden, auch wenn dies bedeutet, dass ein Zeltlager, eine Fahrt, ein Seminar etc. nicht so schnell und nicht so perfekt organisiert wird. Allein anhand der Sprachwahl wird deutlich, dass sich die Sichtweisen von Kindern und Jugendlichen einerseits und hauptamtlichen Akteuren im Verband andererseits oftmals deutlich unterscheiden: die Einen reden von

„Verbandsmaßnahme“, die Anderen von der „selbst gestalteten Aktion“.

Formale Partizipationsformen müssen lebendiger gestaltet werden und Mitwirkungsmöglichkeiten stärker sichtbar gemacht werden. Als eine Möglichkeit wird diskutiert, den Mitgliedsbegriff wieder offensiver zu vertreten. Daneben sollten aber noch vielfältige andere Formen gefunden werden, wie Wünsche, Interessensbekundungen und Entscheidungen sichtbar gemacht werden können.



Differenz zwischen Fördersystem und Alltagswelt

Auf die Frage „Bist du ehrenamtlich tätig?“ antworten viele junge Menschen, die Verantwortung in einem Jugendverband übernehmen, mit „nein“. Fragt man sie stattdessen einfach danach, was sie machen, erzählen sie von ihrem Engagement.

Dieses in der AG diskutierte Beispiel spiegelt auf der einen Seite die Nähe von Hauptamtlichen und Funktionären zum Fördersystem wider, gleichzeitig macht es die Distanz zur Alltagswelt der Kinder und Jugendlichen deutlich.

Hauptamtliche und Funktionäre in Verbänden haben ein doppeltes Mandat: Als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in staatlich geförderten Jugendhilfeträgern müssen sie ihre Tätigkeit gegenüber politischen Entscheidungsträgern legitimieren und Fördermaßnahmen professionell abwickeln. Dafür müssen sie Sprachregelungen von Politik und Fördersystemen beherrschen. Auf der anderen Seite sind Jugendverbände Selbstorganisationen von Kindern und Jugendlichen. Hauptamtliche und Funktionäre haben hier eine Unterstützungs- und Beratungsfunktion.

Sie müssen also mit beiden Systemen kommunizieren und zwischen beiden Systemen vermitteln können. Die Auseinandersetzung mit den Fragen von Interessensbildung und Interessensvertretung, mit dem Austragen von Konflikten und Aushandeln von Kompromissen ist wichtig und konstitutiv für Jugendver-

bände. Diesen Spagat auszuhalten und immer wieder zu überbrücken ist immanente Aufgabe von Hauptamtlichen und Funktionären im Jugendverband.

Diskutiert wird die Frage, wie man diese intermediäre Plattform sichtbar machen kann: Wie kann man PolitikerInnen die Sprache und die Botschaften von Jugendlichen vermitteln, wie kann man andererseits Jugendliche in Kontakt bringen mit dem politischen System und PolitikerInnen als Personen?

Zum Abschluss ihrer Diskussion formulieren die Mitglieder der AG zwei Kernbotschaften. Das Tätigsein in der Jugend(verbands)arbeit ist mit zwei Grundwidersprüchen verbunden, die ausgehalten und gestaltet werden müssen: Die Jugend(verbands)arbeit sollte als zweckfreier Ort verteidigt werden; gleichzeitig muss sie nach Wegen suchen, sich auf Politik einzulassen und diese mitzugestalten.

Die Rolle von Pädagogen in der Jugend(verbands)arbeit sollte deutlicher ausformuliert werden: von der Erzeugungsmentalität (selbst „Macher“ sein) zur Ermöglichungsmentalität (mehr Partizipation ermöglichen).

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 3

Referent: Prof. Dr. Roland Roth

Moderation: Norbert Kozicki, Bildungsreferent für Kinder- und Jugendfragen im Falken Bildungs- und Freizeitwerk NRW

Die Diskussionsergebnisse wurden dokumentiert von Wilhelm Müller, Geschäftsführer im Landesjugendring NRW.

Ausgangspunkt der Diskussion war die Studie der Bertelsmann Stiftung „Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze“ (2007). Prof. Roth wies auf die Unterschiede zwischen den theoretischen Vorgaben und realen Bedingungen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland hin. Die aktive Teilnahme am politischen Leben in verschiedenen Formen sollte das Ziel des Handelns sein, um Kinder und Jugendliche beteiligen zu können.

Wir sind insgesamt noch weit von diesem Ziel entfernt. Die Bertelsmann Stiftung hat mit der vorgenannten Studie versucht, die Lücke zwischen Bekenntnis und Realität zu erforschen. 40 Kommunen haben sich am Projekt beteiligt. Ca. 12.000 Schülerinnen und Schüler sind befragt worden.

Die Stiftung wird das Projekt fortsetzen. Ziel ist es, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu fördern, um die Spanne zwischen Theorie und Praxis zu verringern. Hingewiesen wurde auf zwei Veröffentlichungen, die die Stiftung im Herbst 2008 herausgibt.



- „Eine Stadt für uns alle“ - Handbuch zur Entwicklung kommunaler Strukturen für die Jugendbeteiligung, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
- „Mitwirkung (er)leben“ - Handbuch zur Durchführung von Beteiligungsprojekten mit Kindern und Jugendlichen, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche sind in der Regel an den Entwicklungen in ihrem Lebensumfeld interessiert. Dazu gehören auch politische Entwicklungen in ihren Kommunen. Die kommunale Landschaft ist aus diesem Grunde zentraler Ansprechpartner für Kinder- und Jugendpartizipation.

Es bedarf zur Übermittlung von Wahrnehmung politischen Handelns ausgebildeter Moderatoren. Die Stiftung hat aus diesem Grunde eine Moderatorenausbildung angeregt und durchgeführt. Notwendig ist die sorgfältige Auswahl und Ausbildung dieser Moderatoren. Befördert werden muss die Kooperation zwischen Schule und Jugendarbeit und anderen



Akteuren in diesem gesellschaftlichen Feld vor Ort. In den neuen Bundesländern gibt es bereits gute Ansätze für derartige Kooperationen.

Gefragt ist die Kreativität auf kommunaler Ebene, geeignete Partizipationsformen zu finden und umzusetzen. Kinder und Jugendliche müssen in diesen Prozess so früh wie möglich einbezogen werden.

Akteure im Partizipationsprozess

Akteure im kommunalen Prozess zur Partizipation sind alle, die sich mit Kinder- und Jugendarbeit befassen. Notwendig ist es, Netzwerke engagierter Menschen zu bilden, die anders als formale Kooperationen das Fundament für eine tragfähige Entwicklungsarbeit bilden. Jugendämter vor Ort sollten die Initiatoren für solche Netzwerke bilden. Später könnten sie eine arbeitsfähige Grundlage für Kooperationen von Vereinen, Einrichtungen, Verbänden

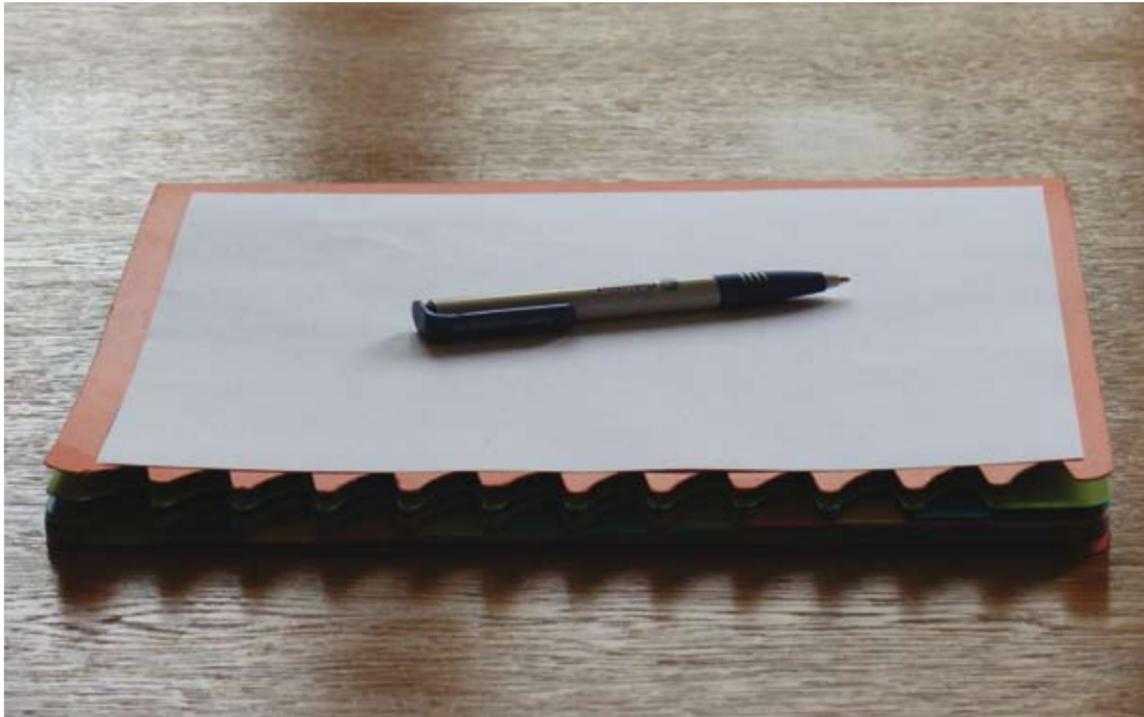
den und sonstigen Formen der Kinder- und Jugendarbeit schaffen.

Von wesentlicher Bedeutung ist eine gemeinsame Zielsetzung unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen. Deren Meinung ist gefragt und bedarf der entsprechenden Berücksichtigung vor weitergehenden Entscheidungen.

Ganztagsschule

Die Ganztagsschule soll flächendeckend in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden. Diskutiert werden die Probleme, die sich für die Jugendarbeit ergeben können.

Der Ganztagsschulbetrieb nimmt Kinder und Jugendliche hinsichtlich ihrer Zeit- und Kraftbudgets in hohem Maße in Anspruch. Welche Reserven bleiben für Kinder- und Jugendarbeit? Schule kann nicht alle für eine umfassende Persönlichkeitsentwicklung notwendigen Voraussetzungen leisten. Jugendarbeit



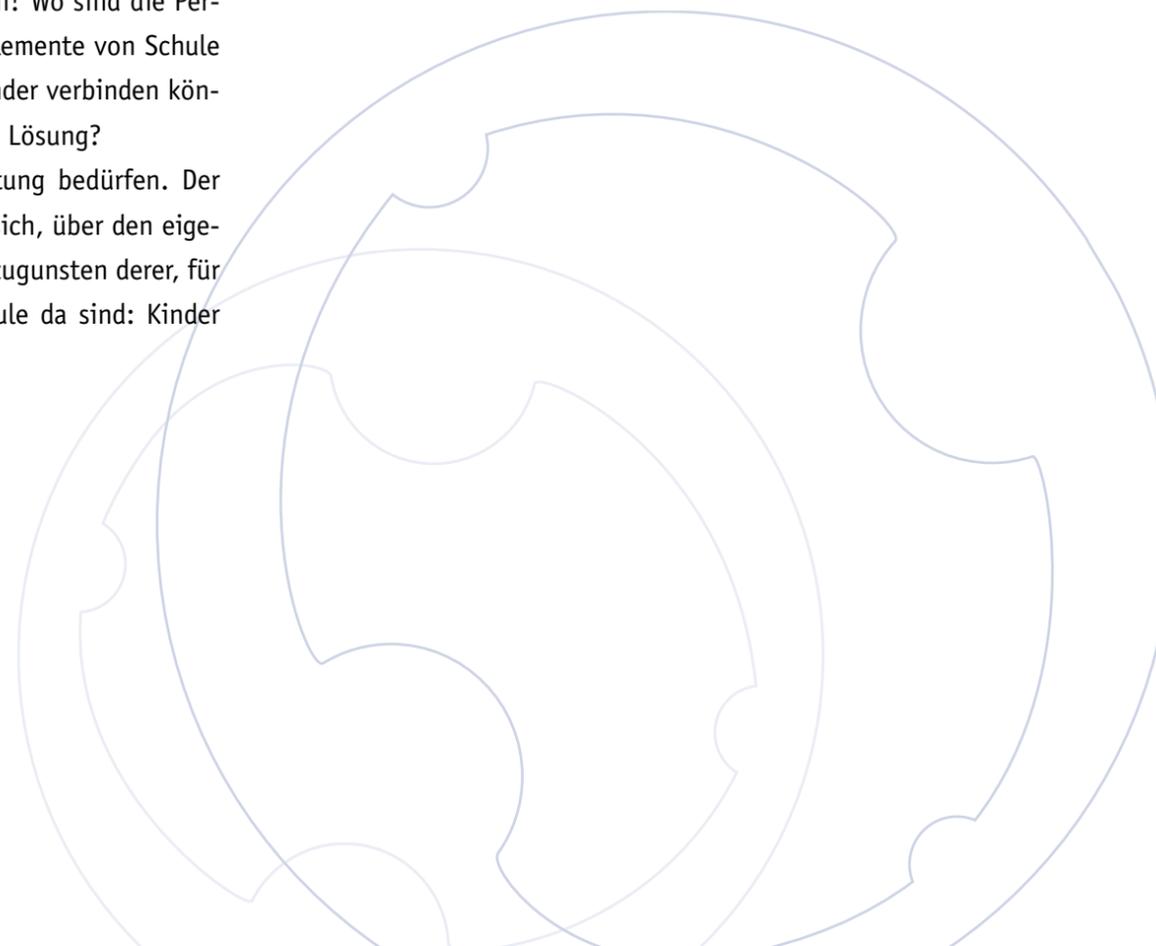
bietet die notwendigen Voraussetzungen für einen wertvollen Beitrag einer Persönlichkeitsentwicklung.

Wie können Schule und Jugendarbeit kooperieren? Notwendig ist die gegenseitige Öffnung zugunsten von Kindern und Jugendlichen. Der Kreis schließt sich wieder auf die Ausgangsfrage der Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen und die Rolle von Moderatoren. Jugendarbeit ist ein Ort des selbstbestimmten Lernens. Schule kann davon

profitieren. Wichtig ist hier die konstruktive Zusammenarbeit auf partnerschaftlicher Basis zugunsten von Kindern und Jugendlichen.

Wer könnte das Eis brechen? Wo sind die Personen, die die positiven Elemente von Schule und Jugendarbeit miteinander verbinden können? Sind Moderatoren die Lösung?

Fragen, die der Beantwortung bedürfen. Der Weg ist das Ziel. Es lohnt sich, über den eigenen Schatten zu springen zugunsten derer, für die Jugendarbeit und Schule da sind: Kinder und Jugendliche.



Landesjugendring
Nordrhein-Westfalen e.V.
Postfach 22 12 60
41435 Neuss

Tel.: 02131/46 95 - 0
Fax: 02131/46 95 19
E-Mail: info@ljr-nrw.de
Internet: www.ljr-nrw.de